

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgealtene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beschlusstexte 30 Pf., für „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 4. September 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Deutsche Kavallerie vor Paris. Die nördlichen Sperrforts genommen. Die französische Regierung verläßt Paris.

Amlich. Großes Hauptquartier, 3. Sept., 11 Uhr 15 Min. abends. Bei der Wegnahme des hoch in Felsen gelegenen Sperrforts Givet haben sich ebenso wie im Kampfe um Namur die von Oesterreich zugesandten schweren Motorbatterien durch Beweglichkeit, Treffsicherheit und Wirkung vortrefflich bewährt. Sie haben uns ausgezeichnete Dienste geleistet.

Die Sperrbefestigungen Hirson, Les Ayvelles, Conde, La Fere und Laon sind ohne Kampf gewonnen. Damit befinden sich sämtliche Sperrbefestigungen im nördlichen Frankreich außer der Festung Maubeuge in unseren Händen.

Gegen Reims ist der Angriff eingeleitet.

Die Kavallerie der Armee des Generalobersten von Kluck streift bis Paris.

Das Westheer hat die Aisne-Linie überschritten und setzt den Vormarsch gegen die Marne fort. Einzelne Vorhuten haben sie bereits erreicht. Der Feind befindet sich vor den Armeen der Generalobersten von Kluck, von Bülow, von Hausen und des Herzogs von Württemberg im Rückzug auf und hinter die

Marne. Vor der Armee des deutschen Kronprinzen leistete er im Anschluß an Verdun Widerstand, wurde aber nach Süden zurückgeworfen.

Die Armeen des Kronprinzen von Bayern und des Generalobersten von Heeringen haben immer noch starken Feind in besetzten Stellungen im französischen Lothringen gegenüber. Im oberen Elsass streifen deutsche und französische Abteilungen unter gegenseitigen Kämpfen.

Im Osten ernten die Truppen des Generalobersten von Hindenburg weitere Früchte ihres Sieges. Die Zahl der Gefangenen wächst täglich, sie ist bereits auf 90000 Mann gestiegen. Wiedrige Geschütze und sonstige Siegszeichen noch in den preussischen Wäldern und Sümpfen stecken, läßt sich nicht übersehen. Anscheinend sind nicht zwei, sondern dreirussische kommandierende Generale gefangen. Der russische Armeeführer ist nach russischen Nachrichten gefallen.

Der Generalquartiermeister.
von Stein.

Paris, 3. September. (Meldung der Agence Havas.) Der Präsident der Republik und die Regierung haben Paris heute nacht verlassen und sich nach Bordeaux begeben.

Der Aufruf der Regierung.

Paris, 3. September. (W. T. B.) Präsident Poincaré und die Regierung haben folgenden Aufruf an das Land gerichtet:

Franzosen! Seit mehreren Tagen stellen erbitterte Kämpfe unsere heldenhaften Truppen und die feindliche Armee auf die Probe. Die Tapferkeit unserer Soldaten hat ihnen an mehreren Punkten bemerkenswerte Vorteile eingetragen, dagegen hat uns im Norden der Vorstoß der deutschen Streitkräfte zum Rückzuge gezwungen. Diese Lage nötigt den Präsidenten der Republik und die Regierung zu einem schmerzlichen Entschluß. Um über das Heil der Nation zu wachen, haben die Behörden die Pflicht, sich zeitweilig von Paris zu entfernen. Indessen wird der hervorragende Oberbefehlshaber der französischen Armee voll Mut und Begeisterung die Hauptstadt und ihre patriotische Bevölkerung gegen den Eindringling verteidigen. Aber der Krieg soll gleichzeitig im übrigen Lande weitergeführt werden. Ohne Furcht und Nachlassen, ohne Aufschub und Schwäche wird der heilige Kampf für die Ehre der Nation und die Sühne des verletzten Rechtes weiter gehen. Keine unserer Armeen ist in ihrem Bestande erschüttert worden. Wenn einige von ihnen sehr bemerkenswerte Verluste erlitten haben, so sind die Lücken sofort von den Depots aus wieder ausgefüllt worden, und der Aufruf der Rekruten sichert neue Quellen an Menschen und Energie. Widerstand und Kampf! Das soll die Parole der verbündeten englischen, russischen, belgischen und französischen Heere sein. Widerstand und Kampf, während die Engländer uns zur See helfen, die Verbindungen unserer

Feinde mit der Welt abzuschneiden. Widerstand und Kampf! Während die russischen Armeen weiter vorrücken, um den entscheidenden Stoß in das Herz des Deutschen Reiches zu führen.

Es ist die Aufgabe der republikanischen Regierung, diesen heroischen Widerstand zu leiten. Überall werden sich zum Schutze der Unabhängigkeit Frankreichs die Länder erheben, um diesem furchtbaren Kampfe seine ganze Kraft und Wirksamkeit zu verleihen. Es ist unumgänglich notwendig, daß die Regierung freie Hand behält. Auf Wunsch der Militärbehörden verlegt die Regierung daher für den Augenblick ihren Aufenthalt nach einem Punkt Frankreichs, wo sie in ununterbrochener Verbindung mit der Gesamtheit des Landes bleiben kann. Sie fordert die Mitglieder des Parlamentes auf, sich nicht fern von ihr zu halten, um gegenüber dem Feinde zusammen mit der Regierung und ihren Kollegen den Sammelpunkt der nationalen Einheit zu bilden.

Die Regierung verläßt Paris erst, nachdem sie die Verteidigung der Stadt und des besetzten Lagers durch alle in ihrer Macht stehenden Mittel sichergestellt hat. Sie weiß, daß sie es nicht nötig hat, der bewundernswürdigen Pariser Bevölkerung Ruhe, Entschlußkraft und Kaltblütigkeit zu empfehlen. Die Bevölkerung von Paris zeigt jeden Tag, daß sie den größten Pflichten gewachsen ist.

Franzosen! Zeigen wir uns dieser tragischen Umstände würdig. Wir werden den endlichen Sieg erringen, wir werden ihn erringen durch den unermüdbaren Willen zum Widerstande und zur Beharrlichkeit. Eine Nation, die nicht untergehen will und die weder vor Leiden noch vor Opfern zurückschreckt, ist sicher, zu siegen.

Der Aufruf ist vom Präsidenten Poincaré und sämtlichen Ministern unterzeichnet.

Die französische Regierung verläßt vor den auf Paris vordringenden deutschen Armeen die Hauptstadt des Reiches. Sie geht nach Bordeaux, um von Südfrankreich aus den Widerstand so lange als möglich aufrechtzuerhalten, in der

verzweifeltsten Hoffnung, durch Rußland und England vor der völligen Kapitulation bewahrt zu werden.

Zum Sitz der Regierung wurde Bordeaux gewählt, wo die Verbindung mit dem übrigen Lande und auch mit England am ehesten aufrechterhalten werden kann. Auch im letzten Abschnitt des Krieges von 1870/71 war Bordeaux der Hauptsitz der Verwaltung und am 12. Februar 1871 trat dort die französische Nationalversammlung zusammen, die den Frieden mit Deutschland zu genehmigen hatte. Damals war ein Teil der Minister in der belagerten Hauptstadt geblieben, während der andere zuerst nach Tours und erst später nach Bordeaux ging.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Zeppelin über Antwerpen.

London, 3. September. (W. T. B.) Neuter meldet aus Antwerpen vom 2. September: Ein Zeppelin, der heute früh kurz vor 4 Uhr über Antwerpen flog und von der Stadt ziemlich scharf beschossen wurde, vermochte gleichwohl mehrere Bomben abzuwerfen, wodurch zehn Häuser schwer beschädigt wurden. Fünf Bomben sollen auf eine Viehweide gefallen sein.

Englische Ansichten über die Dauer des Krieges.

Amsterdam, 3. September. (W. T. B.) Die Zeitung „Telegraaf“ meldet aus London vom 2. September: Jedermann beginnt langsam einzusehen, daß die Deutschen sich Paris nähern; man ist jedoch überzeugt, daß der Krieg durch eine Belagerung von Paris nicht beendet werden wird. Man neigt allgemein der Ansicht zu, daß es nötig ist, den Krieg möglichst in die Länge zu ziehen, um schließlich zu siegen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Die bisherigen englischen Verlustlisten melden als verwundet, gefallen und vermisst 188 Offiziere und 4939 Mann.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Die Riesenschlacht zwischen Weichsel und Dnjepr.

Wolffs Telegraphen-Bureau meldet nichtamtlich:

Wien, 3. September. Die Telegramme der Kriegsberichterstattung an die Blätter bestätigen, daß das bisherige Ergebnis der Riesenschlacht als ein vollständiger glänzender Sieg an der ganzen Nordfront bezeichnet werden kann.

Am Ostflügel dauert das Ringen noch an.

Die Berichterstattung weisen auf die ungleichmäßige Ausbildung und Wirkung der russischen Artillerie hin, welche stellenweise vorzüglich sei und anderwärts vollständig versagt habe. Hingegen heben die Berichterstattung einmütig die durchwegs glänzenden Leistungen der österreichisch-ungarischen Artillerie hervor. Einige Berichterstattung weisen namentlich auf die Bravour des Preßburger und des Kaschauer Korps hin. Sämtliche Berichte stellen fest, daß sich auf österreichisch-ungarischer Seite, namentlich in Dnjazien, die Spionage und die Kundschafterdienste russenfreundlicher Elemente unangenehm fühlbar machen.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Eine österreichische Verwahrung.

Wien, 2. September. (W. L. B.) (Meldung des Wiener A. A. Telegr. Korresp.-Bureau.) Das serbische Preßbureau fährt fort, im Ausland durch phantastische Berichte über Siege gegenüber den österreichisch-ungarischen Truppen den Anschein zu erwecken, als ob Oesterreich-Ungarn gegenüber Serbien hätte zurückweichen müssen. Diese Fälschung ist ebenso falsch wie die Einzelheiten der serbischen Berichte. Die Wahrheit ist vielmehr, daß der militärische Zweck unseres Vorstoßes in Serbien vollkommen erreicht wurde.

Der Seekrieg.

Die französische Kriegsflotte beschießt Cattaro.

Wolffs Bureau meldet nichtamtlich:

Wien, 3. September. Amtlich wird bekannt gegeben: Am 1. September morgens erschien die französische Mittelmeerflotte, bestehend aus 16 großen Einheiten, nämlich Schlachtschiffen und Panzerkreuzern und zahlreichen Torpedofahrzeugen auf große Entfernung vor der Einfahrt in die Bucht von Cattaro. Sie gab vierzig Schuß aus schwerem Kaliber gegen das veraltete Fort auf Punta d'Ostra ab, ohne den dortigen Werken Schaden zuzufügen. Von der Besatzung wurden drei Mann leicht verwundet. Die Flotte dampfte dann eine Zeitlang in nordwestlicher Richtung, wendete sich sodann in südlichem Kurs, um anscheinend die Adria zu verlassen. Es handelte sich daher offenbar um eine wirkungslose Demonstration der französischen Streitkräfte an unserer südlichen Küste.

Die französische Darstellung.

Paris, 3. September. (W. L. B.) Die französische Flotte hat gestern die Befestigungswerke und die Werke von Cattaro beschossen. Die Beschließung verursachte großen Schaden. Mehrere Gebäude wurden beschädigt und gerieten in Brand.

Italien und die fremden Kriegsschiffe.

Rome, 3. September. (W. L. B.) Dem Hasenante ist von italienischer Seite am 2. September mitgeteilt worden, daß Kriegsschiffe in die Häfen von Spezia, Maddalena, Taranto, Brindisi und Venedig nur bei Tage mit vorheriger Bewilligung, die sie mit Hilfe von drahtlosen Telegraphen von dem betreffenden Hafenkommando erwirken, einfahren können.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

VII. Weiden Flüchtlingen.

Operode, den 30. August 1914.

Höfe und Ställe in der Stadt dienen den Flüchtlingen aus den geräumten Ortschaften als Notwohnung. Wer genügend Kleingeld besitzt, findet ja wohl ein anderes Unterkommen. Aber die meisten der von der Kriegsfurie Vertriebenen bleiben vorläufig ohne ausreichendes Obdach. Die in „Hofwohnungen“ sind überdies noch glücklich zu schätzen. Bei Tage hocken sie draußen in der Sonne; die Wirtschaft wird besorgt; man wäscht und kocht — Kaffee, Kaffee und Brot ist die Hauptnahrung. Kinder spielen umher, die ganz kleinen liegen in einem der mitgebrachten Leiterwagen auf dem Rettzug.

Die Größe des Leids, materielle Verluste und schweres Unglück in der Familie, wie auch die persönliche Widerstandskraft des einzelnen bestimmen das Verhalten in diesen schlimmen Stunden. Manche sitzen da teilnahmslos, in dumpfem Hinweilen haben sie anscheinend die ganze Umwelt vergessen. Ich trage eine Frau, die über ihre im Wägelchen liegenden Kinder hinweg in die Welt starrt, woher sie kommt. Sie wendet den Kopf und schaut mich verständnislos an. Ich wiederhole die Frage, beschäftigte mich mit einem kleinen Mäudchen, blonden Anaben. Immer noch keine Antwort. — Trübend sage ich: „Sie können nun bald zurück, die Russen sind fort.“ Aus den Augen stürzen ihr die Tränen. Die Arme kann sich noch nicht zurechtfinden. Zu viel Fürchterliches ist auf sie eingedrungen. Von einem Nachbar hörte ich dann, ihr Haus sei zerstört, der Mann schon gefallen; ihr Aeltester, ein Kriegsfreiwilliger, lasse sie ohne Nachricht.

Ein Mann, ungefähr 60 Jahre alt, schildert mir sein Unglück. Nahe bei Soldau, an der Grenze, besaß er Haus und Hof. Er wirtschaftete mit sechs Kühen, zwei Pferden, trieb Schweinezucht. Als Erde des Anwesens mußte er mehrere Geschwister abfinden. Das

Ein Kriegsschiff, dem die Einfahrt gestattet wurde, hat nach der Signalstation zu fahren und dort mindestens drei Meilen vom Ufer entfernt stehen zu bleiben und seine Flagge zu hissen. Die Signalstation verständigt von der Ankunft des Schiffes den Hofkommandanten, der einen Marineoffizier auf das fremde Kriegsschiff entsendet.

Ein Schiff auf eine Mine geraten.

London, 3. September. (W. L. B.) Nach einer hier eingetroffenen Meldung ist ein Dampfer auf eine Unterwassermine gestoßen und gesunken. Von den 11 Mann der Besatzung sind sechs ertrunken. Die übrigen fünf Mann wurden gerettet. Es handelt sich um dasselbe Schiff, welches kürzlich die Mannschaft eines dänischen Dampfers rettete, der in derselben Gegend auf eine Mine aufgelaufen und gesunken war.

Die politischen Strömungen in Russisch-Polen.

Die soziale Gliederung eines Volkes entscheidet über die politischen Strömungen. Auch für ein Volk, das unter Fremdherrschaft leidet, kann diese einfache Wahrheit nicht ausgeschaltet werden, und es bewahrheitet sich in Polen sehr klar. Der Untergang Polens wurde dadurch verursacht, daß Rußland und Preußen zu militärischer Macht gelangten, während in Polen durch eine besondere Verkettung historischer Ursachen der Adel das Aufkommen einer starken Zentralgewalt und einer Militärmacht im eigenen Interesse verhinderte. Selbst in der Stunde der höchsten Gefahr scheiterte die Verteidigung gegen den Raub seitens Rußlands, Preußens und Oesterreichs daran, daß der Held des Freiheitskampfes von 1794, Thaddäus Kosciuszko, nicht die Macht hatte, den Adel zu einem Verzicht auf seine absolute Herrschaft über die Bauern zu zwingen. Diese Bauernschaft wurde nicht nur nicht durch Befreiung von der Sörigkeit für die Verteidigung des Vaterlandes begeistert, sondern der Adel widersetzte sich zum Teil sogar der Bewaffnung der Bauern, weil das seine Herrschaft gefährdete. Es war das tragische Schicksal des polnischen Volkes, daß es nicht mit seiner Adelskaste fertig wurde, die wie ein Dampfer seine Lebenskräfte auszog und deshalb auch nicht den Raub am eigenen Lande durch die fremden Staaten verhindern konnte.

Dreimal griff dann das Volk zu den Waffen gegen die Zarenherrschaft — 1830 und 1864. Bei dem ersten Aufstand handelte es sich um den Verteidigungskampf gegen den Zarismus, der die 1815 beschlossene Verfassung Polens niedertrampelte, beim zweiten um den Verweigerungskampf gegen die endgültige Vergewaltigung der nationalen Rechte Polens. Beide Male haben die Regierungen Preußens und Oesterreichs alles getan, um der zarischen Regierung die Niederwerfung Polens zu erleichtern. Aber in beiden Aufständen trat es auch zutage, daß selbst jetzt der Adel vor der Konsequenz einer allgemeinen Volkserhebung zurückschreckte aus Klasseninteresse.

Wie stehen die Dinge heute? Die drei Weltmächte, die seit mehr denn einem Jahrhundert durch den gemeinsamen Raub an Polen aneinander gefesselt waren, stehen zum ersten Male im Kampfe gegeneinander. Jetzt wäre es sicher den Regierungen Deutschlands und Oesterreichs erwünscht, wenn sich die Polen in dem von Rußland geraubten Teile erheben würden wie ein Mann gegen die zarische Regierung. Eifrige Zeitungschreiber werden auch nicht müde, die Polen zu diesem Heroismus aufzufordern. Leider haben sie das Mittel noch nicht angegeben, wie ein wehrloses Volk in den von russischen Truppen überführten Landesteilen es fertig bringen soll, gegen die russischen Schnellfeuergeschütze, Maschinengewehre und Kleinartillerie vorzugehen. Das sind offenbar Utopien. — Aber die Haltung der polnischen Bevölkerung ist selbstverständlich von größter Bedeutung für die Kriegführenden, auch wenn die Polen nicht zu den Waffen greifen, die sie nicht haben. Denn selbstverständlich ist es für die deutschen und österreichischen Truppen von entscheidendem Werte, wenn sie sich in Polen nicht wie in Feindesland fühlen, sondern auf jede Weise von der Bevölkerung begünstigt werden.

Nun gibt es sicher nicht viele Elemente in Polen, die mit der zarischen Regierung sympathisieren. Aber zweifellos ist die Großbourgeoisie an diese Regierung gekettet durch ihre kapitalistischen Interessen. Die Abtrennung des Landes von

Rußland bedeutet den Verlust der Absatzmärkte für die Exportindustrie, die Befreiung des Landes vom zarischen Joch bedeutet gleichzeitig die Verteilung des Brutes, der die Proletarier an Händen und Füßen gefesselt der unbeschränkten Ausbeutung ausliefert. Das gilt auch bis zu einem gewissen Grade von den Großgrundbesitzern. Sie haben längst ihren Frieden mit der zarischen Regierung geschlossen, die ihnen dafür einsteht, daß der Landhunger der Bauern nicht auf ihre Kosten befriedigt wird. Auch sind sie an dem Export nach Rußland als Produzenten von Branntwein und Fuder interessiert, und außerdem sind sie mit der industriellen Bourgeoisie verflochten.

Das Kleinbürgertum, diese politisch rege Klasse, die in Polen in noch höherem Maße als in anderen Ländern die „öffentliche Meinung“ macht, ist in hohem Maße politisch verstorben. Die Intellektuellen empfinden naturgemäß die nationale Verfolgung sehr stark, die Russifizierung der Schule, das provokatorische Verleihen aller Kulturinteressen wird von dieser Schicht tief empfunden. Auch ein wirtschaftlicher Grund spielt dabei mit: die zarische Regierung hält die Polen von der Staatskassa fern, sie können nicht Beamte und Lehrer werden. Bei der Verstaatlichung der Bahnen wurden z. B. Tausende von polnischen Angestellten aufs Pflaster geworfen und durch Russen ersetzt. Auf der anderen Seite aber ist dieses Kleinbürgertum abhängig von der Großbourgeoisie und zieht mit ihr an einem Strange.

Es war denn auch die Probe aufs Exempel, daß, sobald die Revolution im Jahre 1906 niedergeworfen war, eine wahre Orgie der Reaktion begann, bei der Adel, Bourgeoisie und Kleinbürgertum mit wahrer Berlekerart sich gegen die Arbeiterkaste wandten und in Loyalität vor der zarischen Regierung erstarben. Polnische, deutsche und jüdische Fabrikanten spendeten Millionen für die Polizei, taten alles, was irgend in ihren Kräften stand, um gemeinsam mit der zarischen Regierung die Arbeiter niederzuwerfen. Und die Kleinbürgerlichen Elemente taten ein übriges, indem sie Bänder bildeten, die mit Revolvern ausgerüstet sogar auf die Sozialdemokraten machten. Bei den Wahlen zur Duma siegte dank dem Wahlrecht die Partei der „Nationalen Demokratie“, die ihrem Ursprung nach Kleinbürgerlich war, aber sich beeilte, in den Dienst der Bourgeoisie zu treten. Die polnische Fraktion war dann hyperloyal gegen die zarische Regierung, bewilligte blindlings alle militärischen Forderungen. Höchstens veruchte sie durch würdelose Kriecherei keine Konzessionen auf nationalem Gebiete zu erbetteln, ohne ihr Ziel zu erreichen und anderes als Verachtung einzubringen.

Zu einem entschlossenen Kampfe gegen die zarische Regierung sind alle diese Schichten der bestehenden Klasse auch im gegenwärtigen Moment unfähig. Wo es gilt, vorbehaltenlos Opfer zu bringen für die nationale Sache, versagen sie.

Die arbeitenden Klassen dagegen haben in Polen nichts zu verlieren als ihre Fesseln. Ihr nationales Interesse deckt sich mit dem sozialen; der Sturz des Zarismus ist das Lebensinteresse. Das polnische Proletariat hat während der Revolution bewiesen, zu welchen schrankenlosen Opfern es fähig ist. Dagegen ist, wie überall, die Bauernschaft politisch in hohem Grade indifferent und schwer für politische Aktionen zu organisieren, und der aktive Teil bleibt allein die Arbeiterkaste. Ihre Parole ist — gegen den Zarismus! Und sie ist sehr wohl im Stande, diese Parole auch gegen den Willen der Bourgeoisie durchzuführen, indem sie das Kleinbürgertum und die nicht gänzlich korrumpierten Elemente des Kleinbürgertums mit sich reißt.

Welche Umwälzungen die nächste Zeit bringen wird, das ist heute eine Frage, die in erster Linie von der Entscheidung der militärischen Kämpfe abhängt. Aufgabe des polnischen Proletariats wird es sein, unter allen Umständen seine Interessen zu wahren, die sich mit den Interessen des internationalen Proletariats und der Kultur decken. Der dieses polnische Proletariat zum Verbündeten haben will, der muß nicht nur durch Worte, sondern durch Taten zeigen, daß er dem Werke der Kultur und der Menschheit dient.

Wer der Gewinner sein wird.

Wer im gegenwärtigen Krieg der Sieger sein wird, ist, wenigstens soweit der Landkrieg in Betracht kommt, kaum noch eine Frage. Im Grunde wird da nur noch um das Mehr oder Winder gekämpft. Bleibt der Seekrieg, dessen Ausgang zweifelhaft ist und der sich auch länger hinziehen kann als jener. Wenn man aber noch nicht weiß, wer bei ihm der Sieger sein wird, so lassen zwei Notizen, die mir in der „New York Times“ vom 7. August finden, ziemlich sichere

ber bereits sehr empfindlichen Kühle. Man sucht Schutz, so gut es geht . . . hinter dem Tisch, auch wohl darin; die Kinder und Kranken werden in die Betten gepackt. Es gibt viele Kranke; wie sollte es anders sein. Schon während der Flucht haben Kinder und Frauen, Einige vor Angst und Aufregung, nun kommt Rot und Entbehrung hinzu.

In einer Höhle, die in einen Strohhäufen hineingewühlt ist, liegt auf einem Unterbett eine totkrankte, abgemagerte Frau. Ich dachte, sie hätte 60 Jahre auf dem Rücken. Sie zählt erst beinahe dreißig. Tief liegen die halbgebrochenen Augen im Kopfe, Schweiß perlt auf der Stirn. Sie kann nicht mehr sprechen, keinen Wunsch mehr äußern.

Männer, außer ganz alten, sind nur wenige unter den Flüchtlingen. Die Wehrfähigen tragen ein Gewehr — wenn sie es noch tragen.

Ein ziemlich junger Mensch, ein Moskinitz, berichtet mir, er sei zweimal von Russen gefangen genommen worden, aber jedesmal sei er entkämpft. Das zweite Mal band ihm ein Kosak einen Strick um den Arm. Den habe er plötzlich mit seinem Messer durchgeschnitten und sei dann um ein Haus in eine sumpfige Gegend gerannt. Der Kosak hinterdrein, bis er am Sumpfe nicht mehr weiter konnte. Und die Kugeln trafen nicht.

Da sitzt weinend eine junge Frau. Ihr Mann ist tot, ihr Vater vielleicht auch, ihr Bruder verwundet; nichts hat sie gerettet, alles verloren. Sie sieht nun allein auf der Welt und weiß nicht, wohin. Man bringt ihr zwei Kinder, ein Mädchen von einjährig, einen Knaben von drei Jahren. Ihrer soll sie sich annehmen, denn die Frau, die sie rettete, hat selbst drei kleine Kinder. Die Mutter der beiden Waisen ist vor einem halben Jahr gestorben. Den Vater haben die Kosaken erschossen, seine Schwester wurde ein Opfer ihrer bestialischen Wollust. — Die junge Witwe nimmt das Mädchen auf den Schoß, der Schatten eines Bachelns huscht über ihr Gesicht.

Ich ward Zeuge furchtbaren Jammers, hilflosen Unglücks, sah ich die Opfer menschlicher Entmenschung. Ich mußte gehen, konnte nicht mehr anhören.

WILHELM DÄWEL, Kriegsberichterstatteur.

wurde ihm sauer. Doch in jahrelanger Arbeit, bei bescheidener Lebensweise hatte er's geschafft. Noch eine gute Ernte und — Frieden im Lande, dann hätte er seine Verpflichtungen abgelöst. Die auf dem Reih ruhende Hypothek machte ihm weiter keine Sorgen. Dann kam das Unglück. Eines Tages hieß es: Die Kosaken kommen! Die Kosaken kamen und wurden vertrieben. . . . Unter solchem Wechsel hielt er es acht Tage lang aus. Die meisten Nachbarn waren schon geflohen, ein Haus nach dem andern ging in Flammen auf. Eines Tages fielen auch in seinen Hof Granatsplitter, die Scheune brannte. Nun hieß es: Fort! Fort! Da stürmten schon die Russen heran. Nur das nackte Leben war noch zu retten. Auf einem Leiterwagen hatte man vorsorglich schon vorher die Betten verpackt. Die Pferde vor und davon! Während der Flucht starb das kleinste Kind. Die Frau liegt dort im Pferdehals, sie sieht der Entbindung entgegen. Wir fanden kein anderes Unterkommen. — Was soll ich nun anfangen? Ich weiß natürlich keinen Rat. Wer kann da trösten. Ich sage nur: Die Russen sind nun fort. — Aber mein Heim ist zerstört, sagt leise und traurig der Mann.

Es gibt noch viele andere mit schwererem Leid, mit größerem Verlust. Hinzu zur Landstraße lenken mich meine Schritte. Dort, zu beiden Seiten kampieren die Flüchtlinge zu Tausenden unter freiem Himmel. Manche seit zehn Tagen. Gewöhnlich haben sich mehrere Familien zusammengefunden, die neben einer Scheune, vor einem Gebüsch oder einem Kornschuder etwas Deckung suchten und fanden. Fast alle sind aus Reidenburg. Gemeinsamem Leid schweigt zusammen. Man führt gruppenweise eine Wirtschaft. Einzelne retteten nur das biesel Zeug, das sie auf dem Reibe tragen. Andere brachten fast den ganzen Hausrat mit. Hier und da sieht man auf den Leiterwagen sogar eine Nähmaschine verpackt. Ueber Holzfeuerofen kocht das gemeinsame Mittagmahl. Ein steinaltes Mütterchen hütet mit scheuen Blicken ein Stückchen Speck. Das soll wohl nicht Gemeingut werden. Sie rettet es für ihre Lieb-linge, ihre Enkel, die daneben in den Stoppeln herumspielen.

Jeder Mitterung sind die Armen ausgefetzt, bei Tage gewöhnlich glühenden Sonnenstrahlen, oft auch Regengüssen, und nachts

Schlüsse darüber ziehen, wer aus ihm als der Gewinner herausgehen wird. Sie lauten:

I. Plan, den deutschen Markt zu bekommen. Es werden kräftige Anstrengungen gemacht, einen Abfluß für die Rohbaumwolle zu finden, die bisher nach Manchester und Liverpool ging. Verschiedene Konferenzen statt behufs Ausfindung von Mitteln, die Fabriken dieses Landes durch Eröffnung von neuen Handelskanälen für Gewerbe in vollster Tätigkeit zu erhalten. H. Barton Hepburn, der Vorsitzende der Rationalen Chase Bank hat das folgende Telegramm an Oscar W. Underwood nach Washington geschickt:

„Der Süden ist in ungeduldigster Unruhe über den in Aussicht gestellten Rückgang der Nachfrage nach Baumwolle und dem damit verbundenen Preisfall. Die europäischen Fabrikanten mögen die gewohnte Menge von Baumwolle nicht brauchen können, aber die amerikanischen Fabrikanten werden den ganzen Vorrat brauchen. Es ist unvermeidlich, daß der ganze Ueberseehandel Deutschlands jeder Nation verfällt, die ihn zuerst sucht und die bisherigen Kunden Deutschlands am besten bedienen kann.“

„Von allen Nationen sind die Vereinigten Staaten am besten in der Lage, diesen Handel zu übernehmen und festzuhalten. Zunächst wolle man unsere Schiffsahrtsgesetze liberaler gestalten. Deutschland verjagte den Handel in größeren und billigeren Baumwollwaren mit Mexiko, Zentral- und Südamerika, Afrika, Asien und dem Orient überhaupt. Der Handel auf dem Stillen Ozean wird unbehindert sein. Unsere Baumwolle soll nicht als Rohstoff, sondern als Fertigfabrikate außer Landes gehen, und wenn der Krieg in Europa zu Ende sein wird, werden wir zum größten Teil den Handel in Händen haben, der jetzt darauf wartet, uns zuzufallen.“

II. Die Chancen unseres Handels. (Telegramm.) Chicago, 8. August. Südamerika braucht nicht nur amerikanische Waren, sondern braucht sie sofort. Dies ist der Inhalt eines Kabeltelegramms, das heute dem Handelsbund von seinem Vertreter in Buenos Ayres, F. T. Enright, zugeht. Es lautet wie folgt:

„Sendet Proben mit niedrigsten Preisen und gebt insbesondere Preise an für Korsett, Strohhüte, Kleiderhalter, alle Sorten Schnittwaren, Galanteriewaren, Seidenartikel. Dies ist unsere Gelegenheit. Infolge des Krieges können längere Zeit keine Verfassungen von Europa erneuert werden. Verliert keine Zeit. Gebt telegraphisch Bescheid.“

Als ein Ergebnis dieses Kabeltelegramms wird eine Sitzung des Ausschusses für den Auslandshandel vom Vorsitzenden John J. Arnold sofort einberufen werden, wenn der Spezialausschuß der Handelsmarine von Washington zurückgekehrt ist.

Die notwendigen Schritte werden, nimmt man an, auf Grund eines dem Kongreß vorliegenden Gesetzes, das die Eintragung von Schiffen fremder Herkunft unter die amerikanische Flagge zuläßt, in kurzer Zeit bereit stehen.“

Einer Erklärung bedürfen diese Notizen nicht. Abgesehen am Tage, nachdem die Meldung vom Ausbruch des Krieges Amerika erreicht, sprechen sie eine so deutliche Sprache, daß niemand sie missverstehen kann. Und es ist leider nicht zu bezweifeln, daß die nächsten Tage noch eine Fülle weiterer Meldungen dieser Art in Amerika gebracht haben werden. Je größere Zerstörungen die vereinigten Länder Deutschland und England einander im Seekrieg zufügen, um so größer der Gewinn für Handel und Gewerbe — der Vereinigten Staaten.

Die Lage in Petersburg.

Deutsche Reisende, die am 27. August aus Petersburg in Stockholm anlangen, berichteten, daß dort alles ruhig sei. Der Rewalprospekt biete das Bild einer Kleinstadtstraße, die Geschäfte sind geschlossen und die Fabrikbetriebe außerordentlich eingeschränkt. Ende der Woche sollten mehrere Fabriken ihre Betriebe völlig einstellen. In der ruhigen Stimmung trägt das Alkoholverbot bei.

Die Regierung wird in aller nächster Zeit der Duma ein ausgedehntes Moratorium vorschlagen, jedoch mit wesentlichen Beschränkungen.

Die Lage auf dem Balkan.

Ueber das Verhalten der Balkanstaaten liegen wieder eine Reihe von Nachrichten vor, die allerdings wenig verbürgt sind. Ueber die Stellung Rumaniens, die zu kennen das wichtigste wäre, liegt eine neue Nachricht überhaupt nicht vor. Dagegen heißt es, daß Rußland an Bulgarien die telegraphische Anfrage gerichtet habe, ob Bulgarien im Falle eines russisch-türkischen Krieges wohlwollende Neutralität beobachten werde. Der türkische Minister des Innern, Talaat Bey, sei aus Sofia zurückberufen worden, um an wichtigen Entschlüssen teilzunehmen, die in Konstantinopel bevorstünden. Die Haltung der Türkei erzeuge in England Besorgnis. Man fürchte, die Türkei sammle in Syrien ein Heer, um in Aegypten einzufallen. England lasse deshalb eine kleine Flotte von Kreuzern und Torpedojägern in den Gewässern an der syrisch-palästinensischen Grenze kreuzen.

Das alles ist mehr oder weniger Kombination. Sicher ist nur, daß Griechenland und die Türkei mobilisiert haben und daß die Triple-Entente einen starken Druck ausüben, um die Balkanstaaten in ihren Dienst zu pressen.

Politische Uebersicht.

General v. Wandel stellvertretender Kriegsminister.

An Stelle des Generalmajors Bild v. Hohenborn ist der Gouverneur von Köln, General v. Wandel, mit der Stellvertretung des Kriegsministers betraut worden. General v. Wandel war unter dem früheren Kriegsminister v. Heeringen Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements, kennt den Betrieb also recht genau.

Die Regierung und die Arbeitslosigkeit.

Das Regierungsblatt, die Norddeutsche Allg. Ztg., nimmt zu der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit Stellung. Es erklärt die Sorge für die Arbeitslosen „als eine der wichtigsten Aufgaben des öffentlichen Lebens während der Kriegszeit“. Es stellt die große Zahl der Arbeitslosen fest und sagt dann:

„Wichtiger als die Gewährung unmittelbarer Unterstützungen ist die Beschaffung ausreichender Arbeitsmöglichkeiten. Hinsichtlich des Ausgleichs zwischen dem Angebot von Arbeit und der Nachfrage durch Vermittlung der Arbeitsnachweise und Arbeitsnachweisverbände hat der Minister für Handel und Gewerbe bereits das Erforderliche veranlaßt. Es ist auch in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten hingewiesen worden auf die Bedeutung von Maßnahmen der Gewerbetreibenden, durch die die Entlassung von Arbeitern vermieden werden kann. Gleichwohl sind noch Arbeitslose in großer Zahl vorhanden, und es wird sich nicht vermeiden lassen, daß die Kommunen einschreiten. Es ist notwendig, daß die Kommunalverwaltungen mit den Arbeitgebern und den Arbeiterorganisationen aller Parteirichtungen Zählung nehmen; mit jener

um zu erreichen, daß die Inhaber stillgelegter Betriebe sich wenigstens an der Fürsorge für die stellungslos gewordenen Arbeiter beteiligen, mit diesem, um zu vermeiden, daß die Arbeitslosenunterstützungen der Arbeiterorganisationen sich mit der kommunalen Fürsorge kreuzen. Ein reiches und unterschiedenes Eingreifen ist Pflicht der Kommunen.“

Es wird sich empfehlen, daß auch die Kommunen in ihrer Eigenschaft als Arbeits- und Auftraggeber nicht etwa die schon in Angriff genommenen Arbeiten aus Anlaß des Krieges unterbrechen und daß sie die noch nicht begonnenen Arbeiten, zu denen sie innerhalb des geltenden Haushaltsanschlages berechtigt sind, unverzüglich in Angriff nehmen.

Hierbei ist nicht zu übersehen, daß es darauf ankommt, möglichst vielen Personen einen wenn auch nur notdürftigen Verdienst zu gewähren. Es wird von einer besonders intensiven Ausnutzung der Arbeitskräfte abgesehen, vielmehr auf Verkürzung der Arbeitszeit und die Einstellung einer möglichst großen Zahl von Arbeitern zu halten sein, wenn dadurch auch der Verdienst der einzelnen geschmälert wird. Die Beschäftigung freiwilliger Arbeitskräfte wird ganz unterbleiben müssen. Es ist auch der Hinweis am Platze, daß die Frauen der eingezogenen Wehrmänner durch die vom Staat und von den Kommunen gewährten Beihilfen vielfach besser gestellt sind, als die gänzlich erwerbs- und einkomenslosen Personen.

Weiterhin gilt es, darauf zu halten, daß solche kommunalen oder einer öffentlichen Aufsicht unterstehenden Anstalten, wie zum Beispiel Straßenbahnen, die infolge der Einziehung zahlreicher Angestellten zum Heere zunächst eine Einschränkung ihres Betriebes eintreten lassen müßten, alsbald den früheren vollen Betrieb wieder aufzunehmen und zu diesem Zweck eine entsprechende Zahl neuer Arbeitskräfte mit der notwendigen technischen Ausbildung versehen lassen. An hierfür geeigneten Arbeitskräften wird es nirgends fehlen.

Werden diese Grundzüge auch bei den städtischen Betrieben der Kommunen beachtet (Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Bahnen), und werden neue, bisher nicht beschlossene Arbeiten in Vorbereitung genommen, so darf erwartet werden, daß damit ein wirksamer Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Kriege getan wird.

Darüber hinaus haben auch die Kommunen die Möglichkeit, durch Verringerung der in Friedenszeiten von Invasoren kommunaler Anstalten geleisteten Arbeit, Arbeitsgelegenheit für den freien Markt zu schaffen. Auch wird bei Vergabe öffentlicher Arbeiten und Aufträge auf die Berücksichtigung möglichst vieler Unternehmer zu achten sein.

Der Staat wird es auch seinerseits nicht daran fehlen lassen, den Gefahren der Arbeitslosigkeit in ähnlicher Weise entgegenzutreten.“

Maßnahmen gegen den Notstand in Württemberg.

Der Vorstand unserer württembergischen Landtagsfraktion, der sich vor einigen Tagen mit dem Ministerpräsidenten v. Weizsäcker über die Notstandsmaßnahmen besprach, hat nunmehr auch eine Audienz beim Minister des Innern v. Pfeiffhauer herbeigeführt. Der Minister stellte die sofortige Inangriffnahme einer Reihe öffentlicher Arbeiten in Aussicht. So sollen bei der Redar-Korrektion 3000 Arbeiter beschäftigt werden. Den Hüttenunternehmern soll dabei ein Recht auf Auswahl der Arbeiter nicht zustehen, diese werden ihnen vielmehr von den kommunalen Arbeitsnachweisen zugewiesen. Der Minister erkannte an, daß die öffentlichen Körperschaften für die durch den Krieg in Not geratenen Volksteile für Nahrung, Obdach und Kleidung zu sorgen hätten. Die Wohnungsfrage sei insoweit gelöst, als nach der Verordnung des Bundesrats die Austreibung wegen Mietsforderungen, die vor dem 31. Juli entstanden sind, nicht stattfinden könne. Reiche diese Verordnung für den 1. Oktober als nächsten Mietzinsstermin nicht aus, so müsse eine neue erlassen werden. In den größeren Städten könnten, soweit dies nicht schon geschehen, Einrichtungen zur gemeinsamen Speisung der Bedürftigen getroffen werden, und im übrigen würden bare Unterstützungen zu gewähren sein. Die Regierung lehne die Gewährung von Zuschüssen im Bedürfnisfall nicht ab. Der Minister erklärte sich auch zur Ausgabe eines entsprechenden Erlasses bereit. Auch die Notwendigkeit, für den Großhandel mit Mehl und Kartoffeln Höchstpreise festzusetzen, erkannte der Minister an. Die Wehlpreise müßten aber, da Württemberg sein Mehl zum Teil von den Mühlen am Rhein beziehe, mit Baden und Bayern vereinbart werden. Die eingetretene Steigerung der Zuckerpriese hielt der Minister für völlig ungerechtfertigt angesichts der günstigen Rübenenergie und der völligen Unabhängigkeit der Zuckerindustrie vom Auslande.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Nürnberg.

Die Zahl der Arbeitslosen in Nürnberg wird auf 15 000 geschätzt; besonders in der Metallindustrie, die Nürnberg beherrscht, ist die Beschäftigungslosigkeit erschreckend groß. Um der ärmsten Not zu steuern, wurden zunächst 100 000 M. bewilligt und zum Teil schon ausgegeben. Der Magistrat teilte mit, daß die Fürsorgemaßnahmen jeden Monat 100 000 M. erfordern würden. Nach Möglichkeit soll Arbeitsgelegenheit beschafft werden. Bereits projektierte städtische und staatliche Arbeiten sollen baldmöglichst in Angriff genommen werden. Um einer größeren Anzahl von Arbeitslosen sofort Beschäftigung zu verschaffen, wird die Arbeit in den städtischen Betrieben auf sechs Stunden täglich reduziert; dadurch wird es möglich, 500 bis 600 Arbeitslose einzustellen. Infolge der geringeren Stundenzahl verringern sich auch die Löhne, doch wurde für die niedrigsten Lohnklassen ein Existenzminimum festgesetzt dahin, daß ledige und verheiratete Arbeiter ohne Kinder mindestens 15 M., Verheiratete mit einem Kind 16 M., mit zwei Kindern 17 M., mit vier bis fünf Kindern 18 M., mit sechs und mehr Kindern 19 M. erhalten. Für diese Arbeiter bezahlt die Stadt alle Versicherungsbeiträge, während sie den höher Entlohnerten abgezogen werden. Eine Versammlung der städtischen Arbeiter nahm mit überwiegender Mehrheit dieses Votum an sich, nachdem Oberbürgermeister Dr. Gehler selbst in der Versammlung erschienen war und den Arbeitern die Notwendigkeit der Maßnahmen aus dem Vorgesetzten hatte. Zu gleicher Zeit erklärte Dr. Gehler, der bereits sofort bei Ausbruch des Krieges auf die Hälfte seines Gehalts zugunsten der Fürsorgemaßnahmen verzichtet hatte, daß er nunmehr drei Viertel seines Gehalts zu diesem Zweck zur Verfügung stelle.

Arbeitslose als Polizisten.

Während manche Städte ihrem Mangel an Polizeibeamten dadurch abzuwehren gesucht haben, daß sie eine ehrenamtliche „Bürgerpolizei“ organisierten, hat München erfreulicherweise eine ganze Hilfsmannschaft eingestellt, für die in erster Linie stellungslos gelernte Arbeiter, kaufmännische Angestellte und Kleinhändler genommen wurden. Um so unerschütterlicher ist, wenn nach einem Telegramm der „Voss. Ztg.“ in München beim Bau eines Bahnhofs französische Gefangene als Arbeiter verwandt werden. Diese Art von Gefangenensbeschäftigung muß aufs Schärfste zurückgewiesen werden.

Kommunale Maßnahmen gegen die Kriegsnut.

In einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten in Plauen wurde einem Antrage des Rates zugestimmt, daß sich die Stadtgemeinde Plauen an der geplanten Gründung der Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen durch Zeichnung von 200 000 Mark beteiligt. Die Kriegskreditbank wird in diesen Tagen auf An-

regung des Ministeriums des Innern zu Unterstützung von Handel und Gewerbe ins Leben gerufen.

Ferner bewilligten die Stadtverordneten in Uebereinstimmung mit dem Rate 50 000 M. zum Zwecke der Unterstützung Gewerbe- und Arbeitsloser und sonst Bedürftiger. Die Unterstützungen sollen jedoch keinerlei Verkümmern der politischen Rechte zur Folge haben. Sie werden, soweit möglich, in Form von Naturalien bewirkt, auch sollen von der bewilligten Summe an kleine selbständige Gewerbetreibende Darlehen in mäßiger Höhe ausgegeben werden.

In Darmstadt zahlt die städtische Verwaltung ihren im Feld gerückten Tagelohnarbeitern neben der Familienzulage den vollen Lohn für 14 Tage vom Tage der Einrückung ab. Nach Ablauf dieser zwei Wochen erhalten die Angehörigen als Unterstützung die Hälfte des seitherigen Lohnes und der Familienzulage. Die Reichsunterstützung soll hierbei nicht zum Abzug gelangen. Der Oberbürgermeister ist ermächtigt, in Fällen besonderer Bedürftigkeit eine Erhöhung der städtischen Unterstützung bis zu einem Betrage eintreten zu lassen, der drei Viertel des monatlichen Lohnes mit Familienzulage unter Abzug der Reichsunterstützung entspricht. Die Stadt behält sich vor, in allen geeigneten Fällen entweder ganz oder teilweise an die Stelle der Geldunterstützungen Naturalunterstützungen oder Familien- oder Anstaltsplätze treten zu lassen. Die Stadt organisiert den Kartoffelbezug, ferner wird in einer benachbarten, bisher stillgelegten Mühle von der Stadt angekaufter Roggen gemahlen, so daß bereits jetzt Mehlvorräte im Werte von 100 000 Mark für die Stadt vorhanden sind.

Ein deutsches Eisenbahnbetriebsamt in Czestochau.

Die königliche Eisenbahndirektion Kattowitz macht im „Katt. Blatt“ bekannt:

„Errichtung eines Betriebsamtes und eines Maschinenamtes in Czestochau. Für die — in dem von deutschen Truppen besetzten russischen Gebiete liegenden — Eisenbahnlinien Sosnowice—Petrkau—Ruff, Gorb—Czestochau und demnächst auch Czestochau—Kielec ist am 24. v. Mts. in Czestochau ein Betriebsamt und ein Maschinenamt errichtet worden.“

Schutz gegen Pockenepidemien.

Der preussische Minister des Innern hat die folgende Verfügung erlassen: „Um dem Ausbruch von Pockenepidemien vorzubeugen, empfiehlt es sich, in denjenigen Orten und Klagen, in denen Krieges- gefangene untergebracht werden, allen Personen, welche mit Gefangenen in Berührung kommen, Gelegenheit zur Pockenimpfung zu geben. Die Impfung soll auf diejenigen Personen beschränkt werden, die nicht innerhalb der letzten vier Jahre mit Erfolg geimpft worden sind oder die natürlichen Blattern überstanden haben. Die Kreisärzte sind mit der uneigentlichen Ausführung der Impfungen zu beauftragen.“

Gegen Beamten-Kumultität.

Immer wieder kommen — auch aus der Umgegend von Berlin — Klagen, daß die Gemeindevorsteher oder ihre Vertreter es sich herausnehmen, Frauen, die in Unterstützungs- sachen zu ihnen kommen, von oben herab zu behandeln. Dem hat jetzt der Landrat des schlesischen Kreises Waldenburg folgenden Erlaß entgegengesetzt:

„Es sind mir Klagen und Beschwerden darüber zu Ohren gekommen, daß Frauen, deren Ehemänner zur Fahne einberufen sind und daher die Familienunterstützung bei den Ortsbehörden beantragen, teilweise durch die betreffenden Angehörigen der Gemeindebehörden in skandalöser oder sonst unangemessener Weise behandelt werden. Dieses Verfahren ist nicht geeignet, die bisherige Begeisterung und Opferwilligkeit in der Bevölkerung wahrzuhalten und muß durchaus verurteilt werden. Ich spreche die dringende Erwartung aus, daß sämtliche mit der Bearbeitung der Familienunterstützungssachen betrauten Dienststellen im Kreise zu derartigen Klagen in Zukunft keinen Anlaß mehr geben, daß vielmehr die Anträge auf Unterstützung in wohlwollender Art und Weise geprüft und die Klagen, soweit möglich, in einem den jeweiligen Verhältnissen angepaßten ruhigen Ton behandelt werden, ihnen auch bei Wohnungs- und Mietfragen in weitgehendster Mäßigkeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden und geholfen wird.“

Ergänzend hinzuzufügen wäre diesem Erlaß allenfalls noch, daß die Bevölkerung nicht nur „unter den jetzigen Verhältnissen“ ein Recht hat, höflich und zuvorkommend behandelt zu werden. Im übrigen verdient der Erlaß Beachtung.

Verhafteter Zeitungsverleger.

Die „Neue Wälbauer Zeitung“ meldet, daß vorgestern nachmittag Hans Brinkmann, der Verleger und Besitzer des „Wälbauer Tagblattes“, von der Zivilbehörde verhaftet wurde. Das Weiterereignis des „Wälbauer Tagblattes“ wurde verboten. Ueber den Grund der Verhaftung ist nichts bekannt.

Das Ende des albanischen Abenteurers.

Rom, 8. September. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Durazzo: Prinz Wilhelm zu Wied ist heute morgen um 8 Uhr an Bord des italienischen Kriegsschiffes „Risurata“ nach Venedig abgereist.

Die Kontrollkommission übernimmt die Regierung.

Durazzo, 8. September. (Meldung der Agencia Stefani.) Die Kontrollkommission begab sich gestern zu den Aufständischen und teilte ihnen mit, daß der Fürst abgereist sei. Die Regierung Albanens wird in nächster Zeit von der Kontrollkommission übernommen werden. — Der Fürst hat vor seiner Abreise eine Amnestie für alle politischen Gefangenen angeordnet.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, hat ein überaus wertvolles kleines Buch unter dem Titel „Das Recht während des Krieges“ herausgegeben. Alle die vielen, durch den Krieg aufgeworfenen Streitfragen auf rechtlichem Gebiete werden in klarer und übersichtlicher Weise behandelt. Einem jeden ist es ermöglicht, sich bei nur einem Nachdenken auf dem ihm interessierenden Rechtsgebiete leicht zu orientieren. Aus den behandelten Rechtsfragen heben wir hervor:

Aus den Kriegsnotgesetzen, Arbeitsvertrag und Krieg, Abgangsgeldbeschlüsse und Mietrecht, der Krieg und die laufenden Verträge, insbesondere der Kaufvertrag, Arbeiterversicherung und Krieg, Angestelltenversicherung und Krieg, Familienrecht und Krieg, die Familienunterstützung der zum Krieg Eingezogenen usw.

Der billige Preis des 80 Seiten starken, im Faderformat erschienenen Buches von 30 Pf. erleichtert die Anschaffung. Zu beziehen ist das Best durch alle Buchhandlungen.

Letzte Nachrichten.

Die Flucht aus Paris.

London, 2. September. (W. T. G.) Der „Manchester Guardian“ meldet aus Paris vom 30. August. Viele Leute haben bereits Paris verlassen und viele reifen jetzt ab. Ein großer Teil der Bevölkerung, namentlich Frauen und Kinder, soll fortgeschafft werden.

Aus Industrie und Handel.

Erweiterung und Einschränkung der Ausfuhrverbote.

Das Ausfuhrverbot für Waffen usw. ist dahin ergänzt worden, daß auch Zuteigarn und Zuteigewebe unter das Verbot fallen. Das Verbot der Aus- und Durchfuhr von Leder wird beschränkt auf:

lohgares Oberleder und lohgares Brandsohleder für Militärschuhzeug, lohgares Sohleleder, lohgares Leder für Geschirre und Ausüstungsstücke und Transparentleder.

Das Verbot der Aus- und Durchfuhr von Gespinnsten aus Wolle, von Militärtüchern und von Schwefelnatrium wird aufgehoben. Verboten bleibt die Ausfuhr von Rohwolle, auch gewaschen, von gekempelter Wolle und Kammgug.

Kriegsmetall A. G.

Um den Verkehr und die Verteilung solcher Metalle zu regeln, die für den Kriegsbedarf dienen und nicht in unbeschränkter Menge im Inland hergestellt werden, hat sich auf Anregung des Kriegsministeriums die Kriegsmetall A. G. gebildet. Die Gesellschaft ist keine Erwerbsgesellschaft und darf weder Dividenden noch Liquidationsgewinne verteilen. Ihr Aktienkapital beträgt 6 Millionen Mark und ist mit 25 Proz. eingezahlt. Ihre Geschäftsabläufe werden von einer Abschätzungs- und Verteilungskommission kontrolliert. Aufsichtsrat und Vorstand arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich.

Soziales.

Protest gegen ein Hoftheater.

Dem Beispiel der Berliner Hofbühne, ihren Mitgliedern einen erheblichen Teil ihrer Gagen auch während der Kriegszeit zu sichern, eiferten nicht alle Hofbühnen nach. Dem Vorgehen der Weimarer Hofbühne, dem Personal auf Grund der Kriegsklausel die Entlassung zu teil werden zu lassen, hat sich jetzt auch das Hoftheater in Darmstadt angeschlossen. Es ließ seinen Mitgliedern folgendes kategorische Schreiben zu gehen:

„Zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir infolge des Ausbruchs des Krieges und der dadurch herbeigeführten Verhältnisse auf Grund des § 15b Abs. 5 des mit Ihnen bestehenden Vertrages diesen Vertrag hiermit auflösen.“

Ueber den Empfang dieses Schreibens ersuchen wir um gef. Nachricht.

Die Generaldirektion des Großherzoglich Hoftheaters und der Hofmusik.

Für die so plötzlich brotlos gewordenen Hoftheatermitglieder, die von allen Schauspielern ein derartiges Los sicherlich am wenigsten erwarten haben, ergreift die Bühnengenossenschaft Partei. „Wir stehen nicht an“, so sagt sie in ihrem Verbandsorgan, „gegen dieses unsoziale Verhalten der genannten Hofbühne lebhaft Protest zu erheben, und haben uns bereits in entsprechenden Eingaben an die Intendanten gewandt, um diese zu einer Aenderung ihrer Entschliebung zu bestimmen.“

Arbeitsfähig?

Eine der verheerendsten Maßnahmen im Kriege wäre, wie ja auch kürzlich vom Komitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hervorgehoben wurde, eine Vernachlässigung der Fürsorge für fränke nicht zum Heere Ausgehenden. Und doch scheint eine dahin gerichtete Praxis leider sich in Krankenkassen einzuschleichen. Es werden fränke Kassenmitglieder, selbst Lungenfränke, in einer auffällig hohen Zahl bei einigen Kassen als arbeitsfähig geschrieben. Die Zahl der fränke Geschriebenen sinkt in mehreren Kassen, wiewohl die Zahl der Krankmeldungen nicht abgenommen hat. Der Krankenstand ist bei mehreren Kassen im Verhältnis von 5 auf 2 gestiegen. Viele Klagen gehen dahin, Vertrauensärzte schreiben jetzt häufiger gesund. Ist darauf das Sinken der Krankenzahl zurückzuführen, so würde ein vom Standpunkt der Volkshygiene außerordentlich beklagenswerter Kassenfiskalismus vorliegen. Die Kassenverbände sollten einem solchen trotz der schwierigen finanziellen Lage der Kassen entgegenwirken.

Vertragsabschriften!

Beim Abschluß schriftlicher Verträge sollte der Arbeiter stets darauf dringen, ein zweites Exemplar zu erhalten. Wie wichtig das ist, lehrt eine Verhandlung, die gestern vor dem Gewerbegericht stattfand.

Zwei Arbeiterinnen der Firma Hiersemann u. Klein waren nach vorangegangener 14-tägiger Kündigungsfrist entlassen worden. Sie behaupteten, je einen Vertrag unterschrieben zu haben, daß sie von Ende Dezember vorigen Jahres fest bis Ende Dezember dieses Jahres angestellt seien und forderten, bis zum Ablauf des Vertrages entschädigt zu werden. Die Firma dagegen bestritt,

daß die Verträge zustande gekommen sind. Es sei vielmehr vertraglich 14 Tage Kündigungsfrist vereinbart worden. Die Verträge waren merkwürdigerweise verschwunden. Der eine der Inhaber leistete den Eid, daß die Schriftstücke nicht auffindbar seien und auch nicht in der Absicht abhandeln gebracht seien, den Klägerinnen die Beweisführung zu erschweren. Er sagte weiter aus, er habe am Tage vor der Kündigung die Verträge in den Händen gehabt, um sich zu überzeugen, welche Kündigungsfrist vorgelesen sei. Die Dauer dieser Frist habe er jedoch nicht im Gedächtnis behalten. Ein Zeuge wollte beides, daß ein Vertrag mit vierzehntägiger Kündigungsfrist abgeschlossen worden sei.

Unter Berücksichtigung dieser Sachlage willigten die Klägerinnen in einen Vergleich, durch den jede 60 M. erhielt.

Genossenschaftliche Kriegunterstützung.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, hat außer den bereits früher getroffenen Maßnahmen (Fortzahlung des vollen Gehalts an Einderufenen für zwei Wochen an Ledige, für vier Wochen an verheiratete Angestellte und Arbeiter usw.) folgendes beschlossen:

An die Familien der zur Fahne einberufenen Arbeiter und Angestellten wird für die Dauer des Krieges eine Unterstützung gezahlt, die im September und Oktober 15 M. pro Monat für die Frau und 7,50 M. pro Monat für jedes Kind beträgt, in den Wintermonaten ab 1. November 18 M. für die Frau und 9 M. für jedes Kind.

Die drei Zigarrenfabriken der Gesellschaft in Hamburg, Frankenberg (Sachsen) und Hohenheim (Baden) mühten, weil der Rohzuckervollstand, bis auf weiteres geschlossen werden. Den hierdurch beschäftigungslos gewordenen Arbeitern und Arbeiterinnen wird zu der Unterstützung, die sie von der Gewerkschaft, dem Deutschen Tabakarbeiterverband, erhalten, ein Zuschuß gezahlt, um ihnen über die Zeit der Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen. Sollte der Verband aus Mangeln an Mitteln die Unterstützung einstellen, so erhalten verheiratete Arbeiter von der Gesellschaft eine Unterstützung von 7,50 M. pro Woche und für jedes Kind 1 M. pro Woche, ledige Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechend weniger.

Die für die angegebene Unterstützung nötigen Summen sollen dem bei der Gesellschaft bestehenden Unterstützungsfonds, der gegenwärtig zirka 148 000 M. beträgt, und nur aus Mitteln der Gesellschaft gebildet worden ist, entnommen werden. Zur Stärkung dieses Fonds wollen die in Arbeit verbliebenen Angestellten und Arbeiter der Gesellschaft von jetzt ab bis zur Beendigung des Krieges einen regelmäßigen freiwilligen Beitrag leisten.

Eingegangene Druckschriften.

Das russische Schreckgespenst und sein wahrer Wert. Studie von H. v. Dorsdorf. 48 S. V. Bolger, Leipzig.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:

Lüttich und das belgische Land.

Walhalla - Theater

Heinrichsberg 15-19.
— Eröffnungsvorstellung —
Sonabend, 5. Sept. (Kleine Preise)

Rose - Theater.

Deutschland über alles.
Baterländisches Schauspiel in 4 Akten
von Drepper. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sängerkorps!

Glänzendes Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 8 1/2 Uhr

Für Militär-
vereine und
deren Ange-
hörigen völlig
freier Zutritt
zu d. Stettiner
Sängerkorps
und Theater.

Lodes-Anzeigen

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Anna Merting geb. Glaubitz

nach langem, schwerem Leiden am 2. September sanft entschlafen ist.

Dies zeigt tiefbetruert an

Karl Merting, Löwestr. 27.

Die Beerdigung findet am

Sonabend, den 5. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein

l. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis

Petersburger Viertel. Bez. 340 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Frau Anna Merting

(Löwestr. 27) gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Sonabend, den 5. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Am 1. September starb nach

langem, schwerem Leiden meine

Frau

Wilhelmine Plath

geb. Hainacker.

Um ihres Leidens willen

Anfang 8 Uhr.

Die Beerdigung findet am

Sonabend, den 5. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem hiesigen Friedhofe, Müllerstraße 44-45, statt. 20015

Sozialdemokratischer Wahlverein

l. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Frau Wilhelmine Plath

geb. Hainacker

Müllerstr. 90a, verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Sonabend, den 5. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des

Stadt-Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und

Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen

Plath, Wilhelmine

geb. Hainacker

Müllerstraße 90a, Bezirk 2

verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am

Sonabend, den 5. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des

Stadt-Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine

Orts-Krankenkasse

für Zehlendorf

und Umgegend.

Nach dem Gesetz vom 4. August

1914 betreffend die Sicherung der

Leistungsfähigkeit der Krankenkassen-

stellen die Kassenbeiträge in Höhe

von 4% des Grundlohnes erhoben

und nur die Regelleistungen ge-

mäßigt werden.

Infolge unseres Antrages hat das

Verwaltungsamt des Reiches Teilow

Eröffnung morgen abends 8 Uhr.

Berliner Konzerthaus

Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.

Städtische Fürsorge für Erwerbslose aus Anlaß des Krieges.

Die städtische Verwaltung von Berlin-Wilmersdorf beabsichtigt, Maßnahmen gegen die um sich greifende Erwerbslosigkeit zahlreicher Wilmersdorfer Einwohner zu treffen.

Zu diesem Zwecke bedürfen wir zunächst einer Uebersicht über die Zahl der Erwerbslosen, welche bereits seit dem

2. August dieses Jahres in Berlin-Wilmersdorf wohnen.

Wir fordern daher auf:

1. a) alle erwerbslosen Handarbeiter (gelernte Arbeiter, ungelernete Arbeiter und Handwerker) sich in der Zeit vom Freitag, den 4. September bis Dienstag, den 8. September, während der Stunden von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr in dem hiesigen Arbeitsnachweis für Männer, hier, Gasteiner Straße 11, Erdgeschoss rechts, mündlich zu melden;

b) alle erwerbslosen Frauen und Mädchen, die bisher in Fabriken, für Geschäfte oder für den Haushalt gearbeitet haben (Fabrikarbeiterinnen, Näherinnen, Ladenmädchen, Dienstmädchen, Aufwärtinnen, Reinemacherinnen usw.), sich in der Zeit vom Freitag, den 4. September bis Dienstag, den 8. September, während der Stunden von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr in dem hiesigen Arbeitsnachweis für Frauen, hier, Gasteiner Str. 11, Erdgeschoss links, mündlich zu melden;

2. a) alle erwerbslosen Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen, Techniker, Handwerksmeister sowie Privatbeamte jeder Art, männlich und weiblich;

b) alle erwerbslosen Schriftsteller, Privatlehrer und Künstler jeder Art, männlich und weiblich (Schauspieler, Musiker, Maler usw.);

c) alle erwerbslosen Pensionatsinhaber und Zimmervermieter, männlich und weiblich, sich in der Zeit vom Freitag, den 4. September bis Dienstag, den 8. September, schriftlich oder mündlich bei dem städtischen Statistischen Amt, hier, Gasteiner Str. 11, 3. Etage, zu melden. Die mündliche Meldung wird dort nur während der Stunden von vormittags 9 Uhr bis mittags 1 Uhr entgegengenommen. Die schriftliche Meldung kann durch die Post oder durch Einwurf in den dazu bestimmten Briefkasten des Statistischen Amtes, Gasteiner Str. 11, erfolgen.

Jede schriftliche Meldung muß enthalten: Namen und Vornamen, Geburtsort und Geburtszeit, Stand oder Beruf, Wohnung, Angabe, ob verheiratet und wieviel Kinder unter 14 Jahren.

Formulare für die Meldung werden auf Wunsch im Statistischen Amt während der oben bezeichneten Stunden verabfolgt. Die Meldung kann aber auch durch persönlichen Brief erfolgen.

Berlin-Wilmersdorf, den 2. September 1914.

Der Magistrat.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Die Sitzung der Ortsverwaltung

fällt heute aus.

Wenn die nächste Verwaltungssitzung stattfindet, wird durch

Inserat bekanntgegeben.

Die Ortsverwaltung.

Möbel-Angebot.

Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen wöchentliche Ratenzahlungen bei freier Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten J. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.

Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Schnupfer!

achtet auf dieses Etikett



J. Goldfarb Preuss. Stargard

gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Taschenbuch für Gartentreunde

Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Heßbörner. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Geschäftsverkäufe.

Edelst., gute Kristall, wegen Todesfall sofort billig abzugeben. Straße 15. 154

Möbel.

Möbelhandlung Mariannen-

straße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“-leier 3 Prozent Rabatt. 8008*

Teilzahlung bei günstigsten Bedingungen. Möbelhaus Goldber, Uckerstraße 54. 252/3*

Kaufgesuche.

Zahngelbte, Goldschalen, Silberschalen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzählend. Schmiederei Christianat Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Marienfelderstraße). 8816*

Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Stanniolpapier, Goldschalen, Silberschalen, Platinabfälle, Luedschel, Zahngelbte, „Metallmehle“ Gold, Baumstraße 25 und Reußstr., Berlin-Köpenick 76. 100/3*

Fahrradkauf Uckerstraße 27.*

Stellengesuche.

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Haffelbach, Reußstr., Niemege-straße 10. 29025*

Stellenangebote.

Korbmacher auf Gehschloßber

berlangt Knote, Bandelstraße 18.

Geschäftsmacher verlangt

König u. Co., Büchelstraße 122a.

Bauschlosser, (abständig, auf

Uckerstraße, bessere Schmiebo-

arbeit, verlangt Uckerstraße 11.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion

keine Verantwortung.

Der neue Papst.

Rom, 3. September. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Kardinal della Chiesa, bisher Erzbischof von Bologna, ist zum Papste gewählt worden.

Der neugewählte Papst hat den Namen Benedikt XV. angenommen.

Die Kardinele haben unter dem Eindruck der jetzigen Weltwirren eine rasche Entscheidung getroffen. Gewählt worden ist zum Statthalter Christi und Träger der dreifachen Papstkrone der bisherige Erzbischof von Bologna, Kardinal della Chiesa, einer der jüngsten Kardinele, der erst auf dem am 25. Mai dieses Jahres abgehaltenen Konfistorium zu Rom zum Kardinal ernannt worden ist. Der neue Papst hat den Namen Benedikt XV. angenommen.

Der neuwählte Papst, der am 21. November 1851 in Genua geboren ist, also mit 59 Jahren die Tiara erlangt, gilt als ein weltgewandter Schüler der Rampollaschen Staatskunst. Früh zu hohen kirchlichen Würden gelangt, wurde er durch seinen Gönner, den Kardinal-Staatssekretär Rampolla, dem Papst Leo XIII. dringend empfohlen und zunächst von Kardinal della Chiesa als Privatsekretär, dann als Unterstaatssekretär in die Regierungsgeschäfte des Vatikans eingeführt. Bald wurde er der nächste Vertraute Rampollas, und als 1903 nach dem Tode Leos XIII. Joseph Sarto als Pius X. den Stuhl Petri bestieg, wurde vielfach die Meinung ausgesprochen, der neue Papst werde den in allen Geschäften gründlich eingeweihten della Chiesa zum Kardinal-Staatssekretär ernennen. Pius X. zog jedoch den verschlagenen Spanier Merry del Val vor. Monsignore della Chiesa blieb zunächst noch einige Zeit dem Staatssekretariat zugeteilt, da er aber die von Merry del Val befolgte Politik nicht billigte und mehrfach mit diesem in Konflikt geriet, wurde er aus Rom abgeholt und am 16. Dezember zum Erzbischof von Bologna erwählt. Da er dadurch noch mehr in seiner Gegnerschaft zum vatikanischen Regime bestärkt wurde, erregte es im Mai dieses Jahres in den kirchlichen Kreisen Italiens ziemliches Aufsehen, daß er von Pius X. zum Kardinal ernannt wurde. Wie es damals hieß, soll seine Ernennung wie auch die des Kardinals Teachi auf Verreiben des Kardinals Ferrata, des langjährigen Freundes von Rampolla, erfolgt sein.

An die Stelle des bauerlich-glaubensfrigen, in strengen mittelalterlichen Kirchenanschauungen erzogenen Pius X., der die Leitung der mächtigen römischen Weltkirche nicht viel anders auffaßte, als ein frommer Landpfarrer die Leitung seiner kleinen Dorfgemeinde, tritt demnach ein diplomatisch erfahrener Weltmann, der, wenn ihm auch die klassisch-ästhetische Bildung eines Leos XIII. fehlt, doch voraussichtlich bei der Führung der kirchenpolitischen Geschäfte des Vatikans wie derselben verbindlich-diplomatischen Formen wahrer wird. Leo XIII. Sicherlich ein seltener Wechsel, aber nach den üblichen Erfahrungen, die die römische Kurie mit dem venezianischen Landpfarrer auf dem Stuhle Petri gemacht hatte, war es schon vor dem Beginn des Konklaves sicher, daß das mit Joseph Sarto unternommene Experiment nicht durch die Wahl eines seiner gleichgestimmten und gleichgearteten Vertrauten fortgesetzt werden würde. Selbst jene Teile der Kurie, die seinen Kampf gegen den sog. Modernismus und seine Bemühungen, den unteren Akerus der Ecclesia militans stroffer zu disziplinieren, durchaus billigten, hatten gegen die Art und Weise, wie er seinen Wahrspruch: „Alles in Christo zu erneuern“, durchführte, gar manche Bedenken — um so mehr, als diese Bemühungen Pius X. wenn sie auch die Organisation der römischen Hierarchie fester begründeten, doch die Stellung der römisch-katholischen Kirche unter den weltlichen Mächten keineswegs verheßerten. Was hat denn Pius X. in der großen Politik erreicht? — Frankreich führte unter seinem Kirchenregiment die Trennung der Kirche vom Staat durch; in Spanien verlor die kirchliche Partei mehr und mehr an Bedeutung, während zugleich die offizielle spanische Außenpolitik in steigendem Maße unter den Einfluß Englands geriet; in Oesterreich-Ungarn gewann die antiklerikale Los-von-Rom-Bewegung zusehends an Boden, und in Portugal führte die Revolution zur Vertreibung der Jesuiten und Abschaffung der bisherigen Ordensherrlichkeit. Dazu bildeten sich in Deutschland wie in Italien innerhalb der eigenen Reihen der katholischen Parteigruppen, die einander, wie zum Beispiel in Deutschland die sogenante Kölner- und Berlin-Breslauer Richtung, mit größter Beharrlichkeit bekämpften.

Das waren nicht gerade befriedigende Erfolge der päpstlichen Politik. Sie riefen im Kardinalkollegium arge Bestimmungen hervor, die sich noch steigerten, als der Papst und seine Vertrauentique alle Ermahnungen zu taktischer Mäßigung schroff abwies und starrköpfig an ihrer Meinung festhielt. Ein großer Teil der Kurienkardinele zog sich resigniert von Pius X. zurück, während ein anderer Teil, besonders die Anhänger des ehemaligen Kardinalstaatssekretärs Rampolla und seines Freundes und Schülers, des Kardinals Ferrata, die Leistungen der vatikanischen Regierungseliquie mit argwöhnischen und feindschaftlichen Blicken verfolgte.

Deshalb schieden bei der neuen Papstwahl die Vertrauten Pius X., sein bisheriger Staatssekretär, der spanische Kardinal Merry del Val und der Kardinal De Lai von vornherein aus. Der verbissene und fanatische Vives y Luto, einst der erste und einflussreichste der Ratgeber Pius X., kam nicht mehr in Betracht, da er vor ungefähr Jahresfrist, dem religiösen Wahnsinn verfallen, unter traurigen Umständen geendet hat.

Aber wen von den übrigen Trägern des roten Kardinalhutes sollte die Tiara schmücken? — Rampolla, der angesehenste, unabweislich befähigte und diplomatisch gewandteste aller Kurienkardinele, der schon 1903 bei der Papstwahl nahe daran war zu siegen, aber infolge des Vetos des Kaisers von Oesterreich und der Furcht anderer Kardinele vor seinen ausgeprägten autokratischen Gelüsten gegen den geistig unbedeutenden Patriarchen Sarto von Venedig unterlag, ist ebenfalls vor kurzem gestorben. Und Ferrata? Er steht zwar vielleicht seinem einstigen Freunde und Gefinnungsgenossen Rampolla an Energie und Wissen nicht viel nach; aber wie dieser hat auch er sehr autokratische Neigungen und besitzt wegen seines hochfahrenden Auftretens unter den Mitgliedern des Kardinalkollegiums manchen offenen und verdeckten Feind.

Einige andere der Kurienkardinele, die schon 1903 als „Papabili“, das heißt als Anwärter auf die Papstwürde, genannt wurden, darunter vornehmlich Gotti, Agliardi und die beiden Bonitellis, sind heute sämtlich über achtzig Jahre alt und kränklich, während wieder andere, wie die Kardinele Gasparri und Pompili zwar als weltgewandte Diplomaten gelten, aber nach der Behauptung ihrer Gegner mit der inneren Organisation der Kirche, dem Diözesanbetrieb, zu wenig bekannt sind.

So schien einer der außerhalb Roms residierenden italienischen Kardinal-Erzbischofe, wie z. B. Maffi von Pisa, Ferrari von Mailand oder Richelmy von Turin die meiste Aussicht zu haben, zum Oberhaupt der Katholiken erwählt zu werden. Doch wollte man wohl nach den Erfahrungen mit Pius X. durchaus einen geschäftserfahrenen Diplomaten an der Spitze der Kirche sehen, und da manche der Kardinele dem allzu hochfahrenden Ferrata als Statthalter Christi fürchteten, einigte man sich auf den veröhnlicheren Kardinal-Erzbischof von Bologna.

Eine Revolutionierung des bisherigen Kirchenregiments bedeutet die neue Papstwahl nicht. Der neue Papst wird im Wesentlichen derselben Bahn folgen, wie seine drei letzten Vorgänger; nur wird er sich voraussichtlich in Nebensachen veröhnlicher zeigen, wie Pius X., und den verschiedenen politischen Verhältnissen in den einzelnen katholischen Ländern mehr Rechnung tragen. Das Papsttum ist heute so fest in seinen Ueberlieferungen und Dogmen verankert, daß ein Personenwechsel auf das eigentliche innere Gefüge nur verhältnismäßig geringen Einfluß hat. Er vermag kaum mehr, als hier und dort an der alten Fassade etwas zu ändern und zu erneuern. Auch ein Ferrata vermöchte, obgleich er eine kräftigere, energichere Persönlichkeit ist, als der bisherige Erzbischof von Bologna, doch im Ganzen nur wenig am festgefühten historischen Bau der römischen Kirche zu ändern; der Kampf gegen den Modernismus, das Festhalten an der mittelalterlichen Kirchen- und Staatsdogmatik bleibt — ebenso wie andererseits die fortschreitende Anpassung an die kapitalistische Entwicklung.

Nach der Wahl.

Rom, 3. September. Sobald die Abstimmung des Konklaves beendet war, durch die der Kardinal della Chiesa zum Papst gewählt wurde, wurde Monsignore Voggiani, der Sekretär des Konklaves mit dem Zeremonienmeister der päpstlichen Sakristei in die Sixtinische Kapelle geführt. Der Dekan des heiligen Kollegiums mit den Doyens der Kardinalpriester und der Kardinaldiakone verbrachte sich vor dem Stuhle des Kardinals della Chiesa und fragte ihn in den altberühmten Formen, ob er die Wahl zum Papste annehme. Auf die bejahende Antwort della Chiesas wurden alle Valdachine auf den Seiten der Kardinele herabgeschlagen und nur derjenige Stuhl besaßen. Dieser antwortete auf die Frage des Dekans des heiligen Kollegiums, daß er den Namen Benedikt XV. annehmen wolle. Voggiani nahm mit Beihilfe der Zeremonienmeister das offizielle Protokoll der Wahl und der Annahme der Wahl auf. Darauf ging der Papst in die Einleidungskammer, wo er die weißen Strümpfe, die roten Schuhe, das weiße Gewand und den roten Rosenkranz anlegte. Kardinal della Volpe, der Dekan der Diakone, legte ihm eine rote, goldgestickte Stola an. Darauf lehrte der Papst in die Sixtinische Kapelle zurück und setzte sich auf den Thron auf der obersten Stufe des Altars, um die Huldigung der Kardinele entgegenzunehmen, die ihm zuerst den Fuß küßten und dann die Hand. Schließlich umarmte der Papst sie und segnete sie. Kardinal della Volpe steckte dem Papste den Fischering an, den der Papst dann Monsignore Demico übergab, um seinen Namen eingraben zu lassen. Darauf schritt der Papst, gefolgt von den Kardinalen, aus der Sixtinischen Kapelle und begab sich in das Innere der Peterskirche, um den Segen zu erteilen. Danach lehrte der Papst in die Sixtinische Kapelle zurück, wo die Kardinele ihm zum zweiten Male Gehorsam gelobten.

Stadtverordnetenversammlung.

Nachdem die Stadtverordneten in vier außerordentlichen Sitzungen nur über Maßregeln zur Bekämpfung der durch den Krieg verursachten Notstände zu beschließen gehabt hatten, wandten sie sich gestern wieder ihrer gewohnten Tätigkeit zu. Im Mittelpunkt der Sitzung stand aber auch diesmal noch eine Angelegenheit, die dem Kriegsnotstand und seiner Binderung galt, die Beschließung über die besondere Fürsorge der Stadt für die Familien ihrer zu den Fahnen einberufenen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Mit den Wünschen des Ausschusses hat der Magistrat, wie Stadtrat Fischbeck mitteilte, sich bereits einverstanden erklärt. Beifällig aufgenommen wurde die von ihm abgegebene Erklärung, daß bei Prüfung der Bedürftigkeit möglichst weitberzig verfahren werden soll.

Ueber die Ausschussberatung der Magistratsvorlage, die über die Weitergehörung des Dienstentkommens und der Bezüge an die zum Kriegsdienst einberufenen städtischen Beamten und Angestellten sowie über die Fürsorge für die einberufenen städtischen Arbeiter während des Feldzuges Bestimmung trifft, berichtet Stadtrat Böfer (H. L.).

Der Ausschuss hat die Magistratsvorschläge hinsichtlich der beehrten Angestellten dahin modifiziert, daß ihnen gewährt werden können: a) wenn sie am 1. August 1914 mindestens 1 Monat (Vorlage: 3 Monate), aber nicht länger als 2 Jahre im städtischen Dienst beschäftigt waren, 1/2 der bisherigen Bezüge; b) bei 2-3jähriger Beschäftigung 2/3, c) bei einer Beschäftigungsdauer von über 5 Jahren 3/4 der bisherigen Bezüge.

Hinsichtlich der Arbeiter soll folgendes gelten: 1. Die Familien der zum Kriegsdienst einberufenen oder freiwillig eintretenden städtischen Arbeiter erhalten die reichsrechtliche Unterstützung und den städtischen Zuschlag von 100 Proz.; 2. Soweit ein Bedürfnis vorliegt, kann den Familien derjenigen Arbeiter, die am 1. August 1914 mindestens 1 Monat im städtischen Dienst standen, von den Unterstützungskommissionen noch eine weitere Zuschuhunterstützung gewährt werden. Die Zuschuhunterstützung ist derart zu bemessen, daß die Familien im ganzen mindestens die Hälfte, höchstens aber 2/3 des Lohnes der Einberufenen erhalten. (Der letzte Satz ist vom Ausschusse dem Magistratsvorschlag hinzugefügt worden.) Bei denjenigen Angehörigen unterbezahlter Arbeiter, die Anspruch auf die Reichsunterstützung und den städtischen Zuschlag haben, ist die Höhe der Zuschuhunterstützung dem alleinigen Ermessen der Unterstützungskommissionen mit der Maßgabe überlassen, daß die Gesamtsumme 2/3 des Lohnes der Einberufenen nicht übersteigen darf.

3. Auf die in den Vororten wohnenden Familienangehörigen städtischer Arbeiter finden die vorstehenden Bestimmungen über die Zuschuhunterstützungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die Geschäfte der Unterstützungskommissionen durch eine im Finanzbureau einzurichtende Zentrale versehen werden.

Stadtrat Fischbeck: Der Magistrat hat sich den Ausschussvorschlägen, deren Annahme durch die Versammlung außer Zweifel steht, bereits angeschlossen. Zur Befestigung aufgetretener Zweifel bemerke ich, daß unter „Bedürftigkeit“ in dieser Vorlage nicht zu verstehen ist, was sonst gewöhnlich unter „Bedürftigkeit“ verstanden wird. Wenn also z. B. eine Arbeiterfrau nicht über ganz besondere eigene Einkünfte verfügt, wird in der Regel ein „Bedürftigkeit“ anzunehmen sein.

Stadtr. Warm (Soz.) nimmt von dieser Erklärung, die im Kreise seiner Freunde entstandene Zweifel behebt, mit Befriedigung Akt.

Stadtr. Cassel bittet den Magistrat, in solchen Fällen, wo Unterstützungskommissionen Beschlüsse gefaßt haben, die dem Willen der Versammlung oder dem Wortlaut der Beschlüsse widersprechen, auf Remedeur hinzuwirken, auch wenn ein formelles Beschwerde-recht gegen solche Kommissionsbeschlüsse nicht besteht. (Lebhafte Zustimmung; Rufe bei den Sozialdemokraten: „Venzh!“)

Die Ausschussvorschläge gelangen darauf einstimmig zur Annahme.

In die Waifendeputation ist als nicht stimmberechtigtes Mitglied eine Frau zu wählen. Vorgeschlagen sind: Frau Santitätsrat Anna Behm geb. Naaf, Luisenplatz 6, und Frau Dr. Maria Wehl, Lothringers Str. 42.

Auf Vorschlag des Stadtr. Cassel werden, da Frau Mah ihre Mitgliedschaft niedergelegt hat, beide vorgeschlagene Frauen durch Zufur gewählt.

Als Bürgerdeputierter wird in die Gewerbe-deputation mit 72 Stimmen gewählt Kandidatensekretär Koppe, Königgräber Str. 117, gegen Schlossermeister Winter, Königsberger Str. 7, auf den 38 Stimmen entfallen.

Aus Groß-Berlin.

An unsere Abonnenten.

Auf erneute Anfragen teilen wir mit, daß die illustrierte Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ noch nicht beigelegt werden kann, weil der Druck dieser Beilage infolge Umzuges unserer Druckerei in Hamburg erfolgen muß und die jetzigen Verhältnisse einen regelmäßigen Bahnverkehr nicht gewährleisten. Unsere Leser wollen sich noch etwas gedulden.

Gleichzeitig machen wir erneut darauf aufmerksam, daß der „Vorwärts“ wöchentlich abonniert werden kann zu einem Preise von 25 Pf.

Wer aber das Monatsabonnement beibehalten will, kann den „Vorwärts“ nach wie vor zu einem Preise von 1,10 M. abonnieren. Bestellungen auf den „Vorwärts“ werden in jeder unserer Zeitungs Expeditionen sowie in der Hauptexpedition, Lindenstr. 69, entgegen genommen.

Kranken- und Wöchnerinnenhilfe.

Unsere wackeren Genossinnen, die sich zur Verfügung gestellt haben, um Wöchnerinnen und Kranke zu pflegen, haben schon recht segensreich gewirkt.

Für die Genossinnen, die sich speziell der Säuglings- und Wöchnerinnenpflege widmen wollen, haben die Genossinnen Dr. Wygodzinski und Dr. Levi in dankenswerter Weise einen Kursus abgehalten, um sie bestens für ihre verantwortliche Tätigkeit vorzubereiten.

Freudig sind sodann die einzelnen Genossinnen ans Werk gegangen, wo immer ihre Hilfe verlangt wurde.

Neben der geleisteten Pflege der Kranken, der Wöchnerinnen, der Säuglinge und der Instandhaltung der Wohnung, konnte in verschiedenen Fällen für die fehlende Wäsche für das Neugeborene und für die Speisung der Kranken und Wöchnerinnen gesorgt werden.

Um in allen Fällen sofort helfen zu können, ist es jedoch dringend notwendig, daß sich die Disputierenden direkt an die Leiterin der Kommission für Kranken- und Wöchnerinnenhilfe, an die Genossin Luise Köhler, Engelauer 21 III, Bureau der Hausangestellten, wenden. Telephon: Moritzplatz 298.

Verein „Hauspflege“.

Der Hauspflegeverein Berlin, der bezweckt, Familien, in denen die fürsorgende Hausfrau durch Krankheit oder Wochenbett an der Leitung der Wirtschaft verhindert ist, durch geeignete Vorkehrungen vor dem Untergang zu bewahren, sucht seiner Aufgabe in diesen schweren Zeiten durch erhöhte Maßnahmen gerecht zu werden. Erstens dadurch, daß er die Zahl seiner unentgeltlichen Pflegen den jetzigen Verhältnissen angemessen nach Bedarf vermehrt und zweitens dadurch, daß er seinen Pflegefrauen besondere Fürsorge zuwendet. Durch Auflösung vieler Familien und durch Einschränkung vieler Pflegen würde das Meer der Arbeitslosen durch unsere Frauen noch vermehrt werden. Es ist deshalb Vorkehrung getroffen, durch geeignete Beschäftigung gegen Entgelt (Strümpfstricken usw.) und durch Erschließung eines Lebensmittelfonds unseren Teil an der vaterländischen Arbeit durch Sorge für diese Existenzen zu leisten.

Das Bureau des Vereins Hauspflege befindet sich Kleinbeerenstr. 7 und ist von jetzt ab täglich in den Vormittagsstunden geöffnet.

Keine Büchsen-sammlungen mehr durch das Rote Kreuz.

Zahlreiche Beschwerden, die durch das Ueberhandnehmen der Büchsen-sammlungen hervorgerufen sind, geben dem Roten Kreuz von Berlin Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß vom Roten Kreuz von Berlin Büchsen zum Sammeln auf den Straßen oder in Lokalen von Tisch zu Tisch schon seit Wochen nicht mehr ausgegeben werden. Die Sammelbüchsen des Roten Kreuzes gelangen ausschließlich an die Zahaber von Geschäften, Gastwirtschaften und Kaffeehäusern zur Abgabe. Außerdem sind sie in großer Zahl in den Bureaus privater wirtschaftlicher Betriebe (Banken, Versicherungsanstalten und dergleichen) aufgestellt. Auch die königliche Eisenbahndirektion Berlin und das kaiserliche Oberpostamt Berlin haben gestattet, daß an den Schaltern der Eisenbahn und der Postämter Sammelbüchsen des Roten Kreuzes von Berlin zur Aufstellung gelangen. Das Rote Kreuz von Berlin legt Wert darauf, festzustellen, daß die Sammlungen, die jetzt noch in der Weise erfolgen, daß das Publikum auf den Straßen, in Lokalen oder in den Untergrund- und Straßenbahn-

wagen durch Sammler angesprochen wird, nicht von ihm herführen.

Wir nehmen gern Kenntnis von dieser Mitteilung, da die Sammlungen in Straßenbahnwagen usw. sich zu einer argen Belästigung ausgewachsen haben. Aus persönlicher Beobachtung müssen wir feststellen, daß immer noch Kinder und halberwachsene Personen, mit Binden am Arm, mit Sammelbüchsen in den Wagen umhergehen.

Diese Sammler sind von dem Verein der Kindervolksflächen ausgesandt und bilden eine schwere Belästigung der Bürgerchaft. Es passiert einem, daß man auf einer Fahrt von drei, vier und fünf Sammlern belästigt wird.

Bestrafung der Sparsamkeit.

Vor einigen Tagen wurde bekannt gemacht, daß mit dem Verbrauch von Gas und Elektrizität sparsam umgegangen werden soll. Für die weniger bemittelte Bevölkerung war diese Aufforderung überflüssig. Schon vor Ausbruch des Krieges sah sich die arbeitende Bevölkerung gezwungen, die Ausgaben auf das Notwendigste zu beschränken. Der Krieg hat eine bedeutende Verschärfung des schon vorher bestehenden Notstandes herbeigeführt. Noch sorgfältiger muß die Ausgabe eines jeden Nickels geprüft werden. Diese Tatsache dürfte auch dem Magistrat der Stadt Berlin nicht unbekannt sein. Um so unverständlicher ist es, daß er noch jetzt den § 4 der Bedingungen für die Gasentnahme durch Ringgasmesser aus den städtischen Gaswerken aufrecht hält, wonach für jedes Kubikmeter unter dem Mindestverbrauch (300 Kubikmeter für ein Jahr) 3 Pf. verlangt wird. Diese eingezogenen Beträge sind nichts weiter als Strafgebühren, die der Magistrat von der notleidenden Bevölkerung einzieht, die zum sparsamen Verbrauch von Gas nicht bloß aufgefordert wurde, sondern gezwungen ist.

Es ist höchste Zeit, daß diese Bestrafung der Sparsamkeit endlich beseitigt wird.

„Schnelle“ Hilfe.

In dieser Zeit der durch den Krieg hervorgerufenen Not weiser Kreise der Bevölkerung hat in Berlin das Heer der Hilfsbedürftigen sich rasch und sehr stark gemehrt. Außer den vielen Auskunftsstellen, die von allen möglichen Organisationen eingerichtet worden sind, haben auch die Armenvorsteher und neben ihnen jetzt noch die Bezirksvorsteher einen Ansturm von Hilfsuchenden auszuhalten. Bei manchen dieser Herren scheint mit der Last ihres Amtes und der auf ihnen ruhenden Verantwortung auch Mißtrauen und Nervosität zugenommen zu haben. Eine Frau, deren Mann seine Stelle als Kutsher verloren hatte, erzählt Sonderbares über das Ergebnis ihrer Gänge zu einem Armenvorsteher, Resio, und einem Bezirksvorsteher Brederick. Den Armenvorsteher hatte zunächst um Mitte August der Mann selber aufgesucht, und er wurde dann nach Verlauf von etwa einer Woche vom Vorsteher zum Zentralarbeitsnachweis geschickt, der ihn gegen Ende August zur Verwendung bei Arbeiten für militärische Zwecke nach einer der städtischen Provinzen abschickte. Am 1. September begab sich auch die Frau zum Armenvorsteher und bat um Beihilfe zur Wohnungsmiete, weil der Mann ihr noch nichts von seinem Lohn habe schicken können. Der Vorsteher antwortete, sie solle nur ruhig weiter warten, der Hauswirt könne ihr ja die Miete stunden. Als sie sich nicht hiermit zufrieden geben wollte, brachte er sie aus seiner Wohnung hinaus. Sie ging nun zum Bezirksvorsteher und trug ihm den Sachverhalt vor. Jedem Bezirksvorsteher ist ja jetzt der Betrag von 200 Mark aus Stadtmitteln überwiesen worden, damit auch er bei dringender Not sofort eingreifen kann. Dieser Herr schien der Frau die Schilderung ihrer Lage nicht recht glauben zu wollen. „Zeigen Sie mal Ihr Portemonnaie!“ sagte er plötzlich. Erstaunt überreichte sie es ihm, und er stellte dann fest, daß — ganze 80 Pf. darin waren. „Wegwöhnt er nun noch, daß die Frau vielleicht verdorgene Reichthümer habe?“ Zunächst mußte er sich noch weiter nach ihren Vermögensverhältnissen erkundigen, beehrte er sie. Dann griff er in seine Tasche und gab ihr — eine Mark!

Eine Bürgerpeiseshalle in Schöneberg.

Der Hauptausführer für freiwillige Kriegspflege in Schöneberg wird unter Mitwirkung des Roten Kreuzes von Berlin am Sonnabend, den 5. September, eine Bürgerpeiseshalle in der Kolonnenstr. 8/9 (Restaurant Goldener Schlüssel) eröffnen. Der Preis für das Mittagessen beträgt 10 Pf.; dieser Betrag bildet indes nur einen kleinen Teil der Selbstkosten. Zugelassen werden nur Personen, die im Besitz von Marken sind. Marken werden verabfolgt an Angehörige der im Felde Stehenden (gegen Vorzeigung des Unterfüßlingsbogens) und an sonstige Bedürftige. Die Marken sind nur für den Tag gültig, für den sie ausgegeben werden. Die Ausgabe der Marken erfolgt von morgen ab an folgenden Stellen: 1. im Städtischen Arbeitsamt, Schöneberg, Grunewaldstr. 19, Ecke Schwäbische Straße, von 8—12 Uhr; 2. in der Städtischen Seefischhalle, Feuerstr. 4, von 10—12 Uhr; 3. für die Mitglieder der Gewerkschaften: a) freie Gewerkschaften bei Hofstr. 12a, von 8—12 Uhr; b) Gewerkschaft für Heimarbeiterinnen, Kollendorferstr. 13/14, von 10—12 Uhr; c) katholische Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, Hohenshausenstraße 2 (Gartenhaus parterre), von 8—12 Uhr; d) Verband der deutschen Gewerksvereine (N.-D.) bei Matzschkat, Tempelhofer Straße 5, von 10—12 Uhr.

Die Rentkassener Speiseshalle in der Vereinsbrauerei erfreut sich eines lebhaften Zuspruchs. Das Essen ist sehr schmackhaft und es werden täglich bis 1000 Personen dort beherbergt. Trotz der kurzen Zeit, seit der die Speiseshalle besteht, hat sich gezeigt, daß die städtische Regie gut funktioniert. Bedauerlicherweise sind jedoch schon wieder Bestrebungen vorhanden, welche dahin zielen, diese junge Einrichtung privaten Händen zu überlassen. Nach den bisherigen Erfahrungen kann behauptet werden, daß bei der städtischen Regie der kommunale Zuschuß bedeutend geringer sein dürfte als bei in Aussicht genommenen Privatunternehmern. Dabei ist aber noch nicht in Betracht gezogen, daß die städtischen Portionen um die Hälfte reichlicher sind als die des Privatunternehmers. Wir würden es daher außerordentlich bedauern, wenn dieser jüngste Zweig der Wohlfahrtspflege einem Privatunternehmer überlassen würde.

Städtische Fürsorge in Wilmerdorf.

Der Magistrat teilt uns mit: Den von der Stadt bereits unternommenen Schritten zur Behebung der durch den Krieg entstandenen Notlage vieler Familien beabsichtigt die Gemeinde Wilmerdorf demnächst Maßnahmen gegen die zunehmende Erwerbslosigkeit zahlreicher Einwohner hinzuzufügen. Da der Charakter dieser Maßnahmen aber wesentlich von Art und Umfang der herrschenden Erwerbslosigkeit bedingt ist, so hat der Magistrat zunächst durch öffentlichen Aufruf alle in Betracht kommenden Personen (Männer, Frauen und Mädchen) aufgefordert, sich an bestimmten Stellen der Stadt zu melden.

Wir wollen bei der Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung den Wunsch ausdrücken, daß der Magistrat vor allem sein Augenmerk darauf richtet, daß die gewährten Unterstützungen recht schnell zur Auszahlung gelangen. So läßt die Auszahlung der Familienunterstützung noch manches zu wünschen übrig. Einer Frau, deren Ehemann bereits am 8. August eingezogen wurde, hat bis zu Ende des Monats noch keine Unterstützung bekommen. Durch eine so schwerfällige Behandlung der Unterstützungsanträge geraten aber die unterstützten Familien in die allergrößte Not. Es muß daher vor allen Dingen recht schnell geholfen werden.

Auskunft für die Orte Röntgenhof, Jepernid und Buch erteilen in Unterstützungs- und anderen Fragen die Genossen Richard Lebler, Jepernid, Röntgenhöhe, Straße 8, und Franz Schulz senior, Röntgenhof, Siemensstr. 8.

Fischen im Trüben.

Aus den Ereignissen auf dem westlichen Kriegsschauplatz sucht in Ober-Schöneweide irgendeine kümmerliche Kreatur Kapital gegen die Sozialdemokratie zu schlagen. Mehrere Ober-Schöneweider Einwohner übersenden und einen ihnen durch die Post zugestellten Zettel folgenden gleichlautenden Inhalts:

In Frankreich hat es, wie jetzt festgestellt ist, der sozialdemokratische Kriegsminister fertig gebracht, Dum-Dum-Geschosse einzuführen. Welch ein Hohn auf die „Internationale Sozialdemokratie“!

Die ganze Aufmachung dieser Subdelel läßt den offenkundigen Zweck erkennen, die sozialdemokratische Internationale bei den Einwohnern herabzusetzen. Alle Welt weiß, daß der gegenwärtige französische Kriegsminister schon lange kein Sozialdemokrat mehr ist. Das wird dem Schreiber auch bekannt sein, gleichwohl verläßt er sich auf die Unwissenheit seiner Adressaten; kommt es ihm doch lediglich darauf an, Stimmung gegen die Sozialdemokratie zu machen.

Einen tödlichen Ausgang nahm eine Schlägerei, die sich Mittwoch in Tegeel abspielte. In einem dortigen Lokal geriet der Zimmermann S. mit mehreren Gästen in Streit, der alsbald in Tätlichkeiten ausartete, bei denen auch das Messer eine Rolle spielte. S. wurde von drei Gegnern furchtbar zugerichtet; er erhielt unter anderem mehrere tiefe Messerstiche in die Brust, von denen einer die Lunge traf. Passanten fanden den Bedauernswerten auf und brachten ihn nach dem Verbandskrankenhaus, wo er kurz nach seiner Aufnahme an den Folgen der erlittenen schweren Verwundungen starb. Die Täter wurden polizeilich festgestellt.

Ein tragischer Unglücksfall.

ereignete sich Mittwochabend auf dem Neuenhagener Bahnhöf. Beim Abfahren eines Militärzuges standen noch einige Kinder auf den Trittbrettern, um den Soldaten zum Abschied die Hand zu reichen. Hierbei stürzte der 18jährige Gustav Vorkardt — dessen Vater im Felde steht — und geriet unter die Räder des Zuges, die ihn beide Beine vom Stumpfe trennten. Der Knabe war sofort tot.

Ein merkwürdiger Uebergriff.

Soll man es für möglich halten, daß Hausbesitzer selbst jetzt, wo bittere Not auf weiten Kreisen der Bevölkerung lastet, gegenüber Mietskäufern nicht vor Praktiken zurückschrecken, die schon in gewöhnlichen Zeiten mit Recht als verwerflich angesehen werden? Im Hause Brühlstr. 85, das einem Rentier Harbaum gehört, sind mehrere kleine Mieter die Mietschuldig geblieben, darunter zwei Familien, die im Erdgeschoß des Quergebäudes eine Kochstube und eine Wohnküche inne haben. Da beide Mieter die für Monat August geschuldete Miete auch im Laufe des Monats nicht nachzahlen vermochten, so verlangte Frau Harbaum Räumung zum 1. September. Dem Inhaber der Wohnküche kündigte sie rechtzeitig um Mitte August für 1. September und schriftlich, wie im Vertrag zugesagt ist, aber gegenüber der Inhaberin der Kochstube unterließ sie die schriftliche Kündigung. Als am 1. September wieder keine Miete gezahlt wurde und auch die Räumung nicht erfolgte, ließ Frau Harbaum am 2. September die Tür für des beiden Wohnungen gemeinsamen Korridors und außerdem in der Kochstube die Stubentür und die unteren Flügel beider Fenster ausheben und hier auch den zum Kochen benutzten eisernen Ofen herausnehmen. Die Bewohnerin der Kochstube gab sofort ihr 1½ Jahre altes Kind zu Verwandten und hat seitdem Tag und Nacht in der tür- und fensterlosen Wohnung ausgebracht, die allem Wetter und jedem Eindringling preisgegeben ist. Trifft es zu, daß diese Mieterin sogar noch einen vertraglichen Anspruch auf die Wohnung hat, so liegt hier ein unerhörter Uebergriff vor, der durch eine strafrechtliche Verfolgung zu ahnden wäre. Polizei ist von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt worden, hat aber zunächst abgesehen, einzuschreiten.

Eine jähre Hauseigentümerin. Die Besitzerin der Häuser Schönhauser Allee 158a und b, Frau Heilmann, teilt uns unter Bezugnahme auf unsere Notiz unter vorstehender Spitzmarke mit, daß sie die Sachen des Fr. J. nicht der Mietschuldner, sondern wegen eines Schadens an einer Tür zurückbehalten, sie jetzt aber herausgegeben habe. Frau Heilmann hätte das gleich tun sollen, zumal das Gericht selber feststellte, daß es sich um die notwendigsten Sachen handelte, die nicht zurückbehalten werden durften.

Berliner Arbeiterverein für Obdachlose. Im Monat August d. J. wählten im Männerzweig 14450 Personen, wovon 7288 habeten, im Frauenzweig 2108 Personen, wovon 630 habeten. Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer und Frauen Diefenstr. 55/59.

Jungen, die Montagabend 10 Uhr zwischen Bräseleer und Seestraße den Vorgang mit einem Polizeiwagen wahrgenommen haben, werden gebeten, ihre Adresse an Fritz Stobbe, Berlin O., Parochialstraße 24—26, Zigarrengeschäft, gelangen zu lassen.

Verloren gegangen ist ein Trauring gez. H. W. 9. 7. 11 auf dem Dunderfeld an der Köpcke'schen Straße. Mittelungen über den Verbleib des Ringes werden an Frau A. Wittenborn, Stargarder Straße 59, 1 Treppe, erteilt.

Parteiveranstaltungen.

Bernau. Die Zentralbibliothek ist vom heute Freitag, den 4. September, ab jeden Freitag von abends 8—9½ Uhr geöffnet.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Marzendorf. Heute Freitag, nachmittags 8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Oris-Budow. Sonntag, den 6. September: Spielpartie nach der Schlagschibe. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr Dönnemontstraße Ecke Kungiusstraße (Idealbauten). Montag: Zusammenkunft in Budow bei Klein, Chausseest. 4.

Walden. Am Sonntag, den 6. September, findet eine Tagesspartie nach dem Schenkersee statt. Treffpunkt halb 7 Uhr im Jugendheim, Dönnestr. 22, und Bahnhof Nimmelsburg-Or. Fahrgeid 50 Pf.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagabendmittag: Vielach wolfig und im Binnenlande meist leicht, im Küstengebiet etwas kältere Regenschälle. Dazwischen zeitweise aufkarend, mittags und nachmittags milde, sonst ziemlich kühl.

Gewerkschaftliches.

Kriegsnot und Unternehmerpläne.

Während verschiedene Arbeitgeberverbände in anerkennenswerter Weise bemüht sind, während des Krieges nach Möglichkeit alle Parteigegegensätze auszuschalten und einen ehrlichen Waffenstillstand mit den Verbänden der Arbeitnehmer zu halten, scheinen die hannoverschen Industriellen diese Zeit der allgemeinen Not gerade dazu ausersehen zu haben, um alte Pläne gegen die radikalen Technikerverbände zur Ausführung zu bringen. Die dortige Handelskammer hat den Versuch unternommen, eine einheitliche Stellenvermittlung für Privatbeamte ins Leben zu rufen, von der jedoch die technischen Angestellten ausgeschlossen werden sollen, obwohl ihre Vertreter an der Vorbesprechung teilgenommen und den vereinbarten Aufruf mit unterzeichnet haben. Aber noch merkwürdiger als diese Beschränkung der Stellenvermittlung auf das kaufmännische Personal sind die Gründe hierfür. Der von einem Vertreter des Bundes der technisch-industriellen Beamten angebrachte Protest wurde zunächst ausweichend mit dem Hinweis auf die durch Einbeziehung der Techniker angeblich bedingten „unnützen Komplikationen“ beantwortet, dann aber erklärte der Vorsitzende der Handelskammer, Kommerzienrat Meyer, daß in diesem Falle auch mit dem Widerpruch der Großindustriellen zu rechnen sei, die „gewissen Verbänden der technischen Angestellten abhold wären“, und daß alles vermieden werden solle, was bei den Großindustriellen Anstoß erregen könne. Jeder vielleicht noch mögliche Zweifel über den Sinn dieser Worte wurde durch den Syndikus der Handelskammer, den bekannten Herrn Dr. Kocke, beseitigt, der anschließend mitteilte, daß die Großindustriellen offene Stellen für technische Angestellte überhaupt nicht melden würden, weil sie beschlossen hätten, den Arbeitsnachweis auf die technischen Angestellten auszudehnen, und weil sie die jetzige Zeit für die Durchführung dieses Entschlusses für geeignet hielten. Wie die „Industriebeamten-Zeitung“ berichtet, wollen die genannten Herren ihre Mittelungen allerdings nur als private Aeußerungen gelten lassen. Sie genügen aber unter allen Umständen, um klar zu erweisen, daß es sich um nichts Geringeres handelt, als um den verwerflichen Versuch, mit Hilfe des Arbeitsnachweises, nach dem berücksichtigten Mannheimer Vorbild, einen Schlag gegen die Koalitionsfreiheit der technisch-industriellen Beamten zu führen. Und das in einer Zeit, in der die Angestellten den Unternehmern nahezu wehrlos gegenüberstehen!

Berlin und Umgegend.

Die Unterstützungen der Hutmacher.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Hut- und Filzwarenarbeiter führte Mackel aus, daß der Verband bisher die statutenmäßigen Unterstützungen bezahlt hat, was aber jetzt nicht mehr möglich ist, da zurzeit etwa 80 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos sind. Die ungemein große Arbeitslosigkeit veranlaßt den Verbandsvorstand, Einberufungen im Unterstützungsweesen zu beschließen, um auf mögliche Weise lange Zeit Unterstützungen gewähren zu können. Die vom Vorstande beschlossenen Änderungen, die vom 29. August ab gelten, sind folgende: Die Arbeitslosenunterstützung am Orte beträgt pro Tag für Verheiratete in der 1. und 2. Beitragsklasse je 1 M., in der 3. Beitragsklasse 50 Pf., in der 4. Beitragsklasse 45 Pf. Für Ledige betragen die Sätze 70 Pf. in der 1. und 2., 40 Pf. in der 3., 35 Pf. in der 4. Beitragsklasse. Die Reiseunterstützung beträgt 70 Pf. täglich. Kranke, Jahrgeld, Umzugs- und Familienunterstützung für umziehende sowie Gemahregeltenunterstützung wird nicht ausgezahlt. Die Invalidenunterstützung wird bis auf weiteres fortgesetzt. Sterbegeld wird bis auf weiteres für Mitglieder, die nicht zum Militär einberufen sind, gewährt: 45 M. in der ersten, 30 M. in der zweiten, 20 M. in der dritten, 15 M. in der vierten Beitragsklasse. Mitglieder, die nicht berechtigt oder ausgereizt sind, ferner solche, die sechs Beiträge schulden oder, obwohl sie in Arbeit stehen, sich mit Rücksicht auf den Krieg weigern, die fälligen Beiträge zu zahlen, erhalten keine Unterstützung. — Schließlich machte der Redner darauf aufmerksam, daß jeder Arbeitslose ohne Ausnahme sich der Kontrolle durch den Arbeitsnachweis zu unterziehen hat, denn das ist die Voraussetzung für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung, welche die Stadt Berlin gewährt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 5 bis 7 Uhr abends, statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufruf ist ein Buchstabe und eine Zahl als Anzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Konkreteantwort beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. S. 19. Ist uns nicht bekannt. Schlagen Sie im Berlins Adreßbuch nach.

W. S. 31. Ihrem Verkäufer, aber nicht dem Hauswirt gegenüber sind Sie an den Vertrag gebunden. Suchen Sie eine Einigung nach. — Gardlawski. Zur Kaleneinrichtung sind Sie verpflichtet. — W. S. 100. Wegen die Herabsetzung müssen Sie Berufung einlegen. Der Bez der Verzütung muß auch im Beiseid enthalten sein. — W. S. 15. M. S. 20. Ja. — Zweifel 72. Sie haben nur die für die letzte Lohnzahlungsperiode anfallenden Beiträge zu zahlen. — Century 99. Die Provision ist zu zahlen. — W. S. 79. 1. Sie müssen eine angemessene Zeit zur Ausführung der Arbeit legen, drohen, daß nach Befreiung der Arbeit die Arbeit auf eigene Kosten auszuführen lassen und können dann Ihre Forderung ausüben. 2. 10 Tage. — W. S. 150. Ja. — R. 23. Einbehalten kann der Wirt. Sie können lieber lediglich den Bez der Einigung befehlen. — R. S. 47. Sie würden die Räumungssage mit Rücksicht auf Erfolg anstellen können. — J. 72. Zurückgestellt wegen Formfehler an den Reinen. — Schm. 9. Legen Sie schleunigst Beschwerde beim Oberverwaltungsamt ein, berufen Sie sich in der Beschwerde auf § 313 R.-B.-O. und teilen Sie uns das Ergebnis mit. — R. 29. 6. Reiz-

Eingegangene Druckschriften.

Jahrbuch 1913 der freien Gewerkschaften in Brandenburg a. O. und ihre Einrichtungen und Körperchaften. 75 Pf. Arbeitersekretariat Brandenburg a. O.
Die Tat. Heft 5. Sozialreligiöse Monatschrift für deutsche Kultur. 1,20 M. E. Diederich, Jena.

Antilcher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, 3. September. Preis: Rindfleisch per 50 kg Markt: Ochsenfleisch Ia 82—92, da. IIa 76—80, da. IIIa 64—78; Bullenfleisch Ia 78—84, da. IIa 70—76; Rinde, fett 54—66, da. mager 48—54; Füllfleisch 80, Bullenbän. 58—68; Rindfleisch: Doppelfender 100—115; Kalbfleisch Ia 95—105, da. IIa 75—90; Rinder ger. gen. 60—70; Hammelfleisch: Rindfleisch 65—70; Hammel Ia 88—94, da. IIa 80—90; Schaf 85—93; Schweinefleisch 65—70; G em ä l e, inländisches: Porree, Schod 0,60—0,80; Sellerie, Schod 3—7,50; Spinat 50 kg 6,00—9,00; Mohrrüben 2,00—2,50; Sojabohnen 50 kg 6,00—12,00; Bohnschoten 50 kg 8,00—15,00; Röhrlin Schod 0,60—0,90; Wirsingohli Schod 3,00—7,00; Beiflohl Schod 2,50—7,00; Rindfleisch, Schod 3,50—9; Rindfleisch Schod 3—4,50; Siamenbohli, Schod, 100 St. 6,50—16,00; Meerrettich Schod 7,00—12,00, da. 50 kg 0,00; Petersilienwurzel Schod 1,50—2,00; bis 3,00; Radieschen Schod 0,70—1,00; Salat Schod 1,50—2,00; Zwiebeln, 50 kg 3,50—4,50; Tomaten 50 kg 10,00—18,00; Pfefferling 50 kg 30,00—30,00; Steinpilze 50 kg 15,00—25,00; Gurken Schod 2,00—3,00; Sengurken Schod 0,90—1,50 R. Kürbis 50 kg 2,50,